

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

199 · Mai 2007

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

## *aus dem Inhalt*

VorSatz 387

### Essay

KLAUS KANNAPIN

... andere auf das eigene Niveau herunterziehen 389

### Gesellschaft – Analysen & Alternativen

FRIEDRICH W. SIXEL

Ist es nicht an der Zeit?

Überlegungen zum Wissen als Kapital 395

### Israel und Deutschland

PETER ULLRICH

Nationaler Kommunismus nach Auschwitz –  
die DDR und die Jüdinnen und Juden.

Ein Bilanzierungsversuch 455

# VorSatz

*»So, wie es ist, kann es nicht bleiben!« Dies ist ein Kernsatz des Brechtschen Dialektik-Verständnisses. Dabei steht »kann« nicht für eine vage Option so nach dem Motto: »Kann sein, kann aber auch nicht sein.« Es steht für die Notwendigkeit von Veränderungen, die aus realen gesellschaftlichen Prozessen und dadurch produzierte gesellschaftliche Konstellationen (Widersprüche, Meinungsbilder, Kräfteverhältnisse usw.) gewachsen ist. Dabei war sich Brecht durchaus im Klaren, dass sich diese Veränderungen nicht nur in progressiven Entwicklungen realisieren, als unaufhaltsamer Weg vom Guten zum Besseren, sondern dass auch reaktionäre Tendenzen sich durchsetzen können – Arturo Ui steht auch für Möglichkeiten von Veränderungen. Es kann sich aber durchaus einmal etwas zum Besseren wenden, auch wenn man das nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte kaum zu glauben vermag.*

*Entwicklung ist mehr als Veränderung, das Wort verweist darauf, dass etwas nicht einfach anders wird, sondern dass das jeweilige System ganz oder teilweise ein höheres Niveau erreicht, effizienter wird, eine größeren Reichtum an Beziehungen herausbildet usw. Nun bezweifelt gegenwärtig wohl kaum jemand, dass es in diesem Sinne Entwicklung beispielsweise in Wissenschaft und Technik wirklich gibt. Nur für die Gesellschaft hat der herrschende neoliberale Zeitgeist das Erreichen eines Endzustandes verkündet. Bezogen auf gesellschaftliche Entwicklungen wurde ein Denkverbot erlassen. Folgt man dieser Sichtweise, dann fehlt es dem globalisierten Kapitalismus nur noch an ein paar Restarbeiten, um jene Lücken zu schließen, in denen sich das internationale Finanzkapital und die westlichen kapitalistischen Metropolen mit den USA als Führungsmacht noch nicht ganz durchgesetzt haben. Diese Sichtweise ist zwar die herrschende, aber sie ist falsch und sie belügt sich selbst.*

*Das proklamierte Ende von Geschichte erweist sich als das Ende von Geschichten (oder Legenden). Neoliberale Gesellschaftspolitik hat eine blumige Erfolgshetorik hervorgebracht, was vor dem Hintergrund von Erfahrungen mit dem »realen Sozialismus« zwar leichter zu durchschauen, aber doch nicht weniger erschreckend ist. In Wirklichkeit ist die Liste der Erfolge neoliberaler Gesellschaftspolitik ziemlich kurz und sehr einseitig: Sie hat die Reichen reicher gemacht, sie hat Krieg wieder als Mittel der Politik legitimiert und – und? Ach ja, sie hat die deutsche Fußball-Nationalmannschaft zum »Weltmeister der Herzen« gekürt. Selbst in den Erfolgen sind die Parallelen zum Untergang des Römischen Reiches unübersehbar:*

*eine dekadente und nur auf sich bedachte herrschende Klasse, Krieg nach außen und Brot und Spiele für den »Plebs«. Vor allem aber hat neoliberale Gesellschaftspolitik dies beschert: Eine Ausweitung von Krisenprozessen, bei der zum Teil bereits vertraute und neu hervorgebrachte Krisen sich wirkungsvoll ergänzen – von der ökologischen Krise über die massenhafte und andauernde Arbeitslosigkeit bis zur Bildungskrise. Das ist verbunden mit der Intensivierung interner und internationaler Spannungen und Konflikte. Die Ausweitung von Armut und die Vertiefung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich untergraben die Demokratie. Die immer weiter getriebene Privatisierung von öffentlichen Gütern und vor allem die Privatisierung der Risiken ist nicht nur eine Pervertierung der ach so gepriesenen Individualisierung, sondern sie erschüttert vor allem die solidarischen Grundlagen des Gemeinwesens. Die ständige Ausweitung der Besteuerung von Einkommen und Verbrauch für die breite Masse tut dazu ein Übriges. »Gammelfleisch« ist ein Wort mit hohem Symbolgehalt.*

*Gleichsam ist Hegels List der Vernunft am Werke: Die Strategien gesellschaftlicher Entsolidarisierung verkehren sich in eine Verstärkung der Werte Solidarität und soziale Gerechtigkeit für immer breitere Kreise der Bevölkerung. Die Hartz-Gesetze werden ebenso wie die neuen Kriege und vor allem die Auslandseinsätze deutschen Militärs, die Gesundheitsreform und andere Glanzleistungen kleinerer oder größerer Koalitionen von einer deutlichen Mehrheit der Deutschen klar und eindeutig abgelehnt. Nutzt dies den Linken? Das ist durchaus möglich, aber es ist kein Selbstläufer. Wie eingangs ausgeführt, wusste bereits Brecht, dass Geschichte offen ist. Bei den im Zusammenhang mit der Gebietsreform in Sachsen-Anhalt bevorstehenden Neuwahlen der Landräte und Kreistage z. B. ist gegenwärtig eine starke Präsenz der extremen Rechten unübersehbar, und auch sie setzen auf den Wert Solidarität, wenn sie allerdings damit Anderes assoziieren.*

*Zugleich gibt es Hoffnung für die Linken und sind die Linken eine Hoffnung für progressive Veränderungen. Sicherlich ist der vor dem Hintergrund der Krisen und der offenen und latenten Konflikte vollzogene Umschwung in den öffentlichen Meinungen ein Faktor für die sich verstärkende Akzeptanz linkssozialistischer Politik. Aber ohne Fehler der und Fehlentwicklungen in der Sozialdemokratie gäbe es dieses »Problem« auch nicht: Ohne die generelle Zurückweisung aller SED-Mitglieder in der Wende-Zeit gäbe es die PDS wahrscheinlich nicht oder nur als Splittergruppe; ohne immer radikalere Abkehr von einer im Wortsinn reformorientierten Gesellschaftspolitik gäbe es wahrscheinlich die WASG nicht.*

*Nun haben in den letzten Wochen beide linken Parteien in Deutschland die Weichen gestellt für eine neue linke Partei. Das ist Teil des Prozesses der Neuformierung der Linken, der sich weltweit vollzieht, aber er macht eben diesmal um Deutschland keinen Bogen. Nur durch eine starke gesamtdeutsche Linke können wirklich progressive und emanzipatorische Veränderungen in Deutschland wieder wirklich werden, kann es wieder zu Reformen kommen, die diesen Namen wirklich verdienen. Auch für die Linken gilt: »So, wie es ist, kann es nicht bleiben!«*

KLAUS KANNAPIN

## ... andere auf das eigene Niveau herunterziehen

Es war eine traumschwere Nacht. Ach was, traumschwer, es war eine traumfröhliche Nacht, wenn ich daran denke, was ich sah und zu hören bekam. Kurt Tucholsky schrieb einmal »klar und scharf ist alles im Traum«, und er hatte recht. Klar und scharf sah ich die Figuren, auf die es in diesem Traum ankommen sollte.

In einem Raum, dessen mir zugewandte Mauer durchsichtig war, saßen oder standen mindestens vierzig oder fünfzig Figuren weiblichen und männlichen Geschlechts. War es ein Klassenzimmer? Ein Seminarraum einer Universität? Oder doch eher ein Veranstaltungszimmer irgendeiner Dorfkneipe? Schwer zu sagen. Alles sprach für ein Klassenzimmer einer Volksschule oder gar Hilfsschule, denn an einer großen Tafel waren die ersten drei Buchstaben des Alphabets in großen Lettern zu lesen, darunter die Zahlenreihe von 0 bis 10. Andererseits aber stand über der Tafel ein Spruch, der schon zum Denken Anlaß gab und Hilfsschülern einige Deutungsschwierigkeiten bereitet hätte: »Wer daran gewöhnt ist zu äußern, was er als falsch kennt, oder zu verschweigen, was er als wahr kennt, befindet sich in einem ständigen Zustand der Entartung.« Darunter die Initialen W. G. und die Jahreszahl 1793.

Das unaufhörliche Gemurmel und Gestikulieren, das Gekichere und Gewitzele und vor allem aber die ganzen Generationen von braven deutschen Schülern so vertrauten und verehrten Matrosenkleidchen und -anzüge deuteten doch darauf hin, daß es sich hier um Leute handelte, die schon eine gewisse Elementarschulbildung genossen haben mußten. Und bei genauerem Hinsehen erkannte ich sie auch, obwohl gerade über diesem Teil des Raumes ein eigenartiger Dunst, versetzt mit hin- und herwabernden Qualmschwaden einer tranfunzelähnlichen Beleuchtungsquelle lag.

Da erkannte ich doch bei Gott »klar und scharf«, um wen es sich handelte. Sie hatten Ähnlichkeiten mit den Merkels und Schröders, den Münteferings und Söders, den Clements, Stoibers und Hubers, den Fischers, Roths, Kochs und Kohls, Waigels und Eichels, Strucks und Schäubles, Rühes und Schönbohms, den Westerwelles, Gerhardts, Hundts, Rogowskis und und und. In einer der hinteren Ecken glaubte ich auch Köpfe reckend die Biskys und Gysis, Ernsts und Lafontaines zu erkennen.

Gegenüber dem sich selbst prominent dünkenden Leutegewusel und der Tafel befand sich ein Pult oder Katheder, an dem ein nicht ganz modern gekleideter Mann stand. Er stützte sich mit dem angewinkelten rechten Arm auf das Pult und beäugte mit kritischem Blick die vor ihm

Klaus Kannapin – Jg. 1929, Professor für Weltwirtschaft, arbeitete bis 1990 als Leiter der Abteilung Entwicklungsländer im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) Berlin, bis dahin zahlreiche Veröffentlichungen zu weltwirtschaftlichen Problemen, u. a. in den IPW-Berichten und IPW-Forschungsheften sowie in Horizont.

stehenden oder sitzenden Figuren. Beide, Pult und Mann, waren in wohlthuend helles Licht getaucht und schon dadurch in sichtbarem Kontrast zum übrigen.

Den Kopf des Mannes zierte ein übergroßer Zylinder mit schmaler Krempe, so wie man sie aus dem 18. Jahrhundert kennt, und er hatte ihn fast über die Ohren gestülpt, so daß von seinem Gesicht eigentlich wenig zu sehen war. Eine lange Nase, auf der eine Brille mit Drahtgestell saß, war das einzig sichtbar Bemerkenswerte an seinem Gesicht. Er trug einen Mantel mit großem Kragen, großen Knöpfen und Rockschoßen, enge Hosen, die unten den Blick auf Stiefeletten freigaben. Etwas vornüber gebeugt, lächelte er ins Auditorium und wartete offenbar auf Fragen.

Wahrscheinlich hatten viele der Anwesenden wieder einmal Regierungsambitionen oder suchten nach einer Bestätigung ihrer jämmerlichen Regierungspraxis. Sie fühlten sich demzufolge sehr erhaben gegenüber vernunftgeprägten Ansichten und erstrebenswerten Verhaltensregeln. Fast von oben herab – was angesichts ihrer Matrosenkleidchen und -anzüge sowie ihrer blasierten Gesichtsausdrücke recht lächerlich wirkte – fragten sie dennoch, was denn der vor ihnen stehende Herr über politische Ehrlichkeit oder Regierungsverantwortung zu sagen hätte. Die Antworten kamen prompt, und es war so, als blickten die Zuhörer in den eigenen Abgrund: »Der Missbrauch der Lehre vom Vertrauen ist die Quelle von mehr Unheil für die Menschheit gewesen als alle anderen Irrtümer des Verstandes ... (S. 170) Wenn wir erst täuschen und dann unsere Täuschung unbeschadet aufrechterhalten möchten, brauchen wir Strafgesetze und Zensoren der Presse und gedungene Minister für Unwahrheit und Betrug ... Die Ungerechtigkeit bedarf am meisten des Aberglaubens und des Geheimnisses und wird am häufigsten bei dem Betrug gewinnen ... (S. 464 f.) Der anpassungsfähige Politiker erwartet bei anderen die gleiche Fügsamkeit, die er selbst zur Schau stellt; und der Fehler, den er am wenigsten verzeihen kann, ist eine ungelegene und unheilvolle Gewissenhaftigkeit ... (S. 386) Ehrgeiz ist allen Menschen gemeinsam; und jene, die unfähig sind, sich auszuzeichnen, sind wenigstens gewillt, andere auf ihr eigenes Niveau herunterzuziehen ... (S. 249) Es ist das feigste aller Systeme, das die Entdeckung der Wahrheit als nutzlos darstellen und uns lehren möchte, wenn sie entdeckt würde, bestünde unsere Weisheit darin, die Masse unserer Mitmenschen im Irrtum zu belassen ... (S. 417 f.) Was ist es, das noch heutzutage tausend Irrtümer befähigt, ihren Platz in der Welt zu behaupten, Pfaffenlist, Test-Eide, Bestechung, Krieg, Intrige und was sonst noch die Verachtung und der Abscheu des aufgeklärten und ehrlichen Geistes ist? Feigheit. Denn während die Schlechtigkeit aufrecht mit eherner Stärke einhergeht, wagen weniger schlechte Menschen nicht, sie in jener wahren Färbung darzustellen, die sogleich die Unschuldigen bestärken und die Schuldigen bessern würde ... Viele, die den Betrug entdecken, sind dennoch unvernünftig genug sich einzubilden, Betrug sei nötig, um die Welt in ehrfürchtiger Scheu zu halten ... (S. 228 f.) Es ist zu fürchten, dass solche Ämter existieren, die einen fügsamen und korrupten Charakter bei demjenigen erfordern, der sie ausfüllen soll und für deren Erlangung eine gewisse Schlechtigkeit eine notwendige Empfehlung ist ... (S. 346) Man muß sich (...) vor Augen halten, dass ein schlechtes Verhalten immer das Ergebnis beschränkter Ansichten ist. Ein Mensch von großen Fähigkeiten und um-

fassender Beobachtungsgabe neigt am wenigsten zu dem Irrtum, entweder sich selbst als den einzigen Gegenstand von Wichtigkeit auf der Welt zu sehen oder sich vorzustellen, dass sich sein eigener Vorteil am besten fördern lässt, in dem er den anderen mit Füßen tritt ... (S. 245).«

Erste Unmutsäußerungen waren zu hören. Besonders aus der Ecke der Merkels, Schröders, Clements und Hundts kamen Hinweise auf glänzende Reformwerke, die entweder gewünscht, geplant oder schon durchgeboxt und noch weitergeführt werden sollen. Die Antwort ließ nicht auf sich warten:

»Eine Reform, die uns von jenen angeboten wird, deren Interesse vermutlich in der Verewigung des Missstands liegt und deren Absicht eher darin besteht, dem Irrtum Dauer zu verleihen, indem sie ihm seine hässlichen Züge nehmen, hat wenig Anspruch auf unsere Unterstützung ... (S. 211) Das wirklich Wünschenswerte besteht darin, möglichst viele willkürliche Unterscheidungen zu beseitigen ... (S. 114) Die Gesetzgebung (ist also) in fast jedem Land offenkundig der Begünstiger der Reichen gegen die Armen ... Die Reichen werden ermutigt, sich zur Vollstreckung der parteilichsten und bedrückendsten positiven Gesetze zusammenzuschließen ... Dagegen wird die größte politische Wachsamkeit darauf verwendet, Verbindungen der Armen zur Festlegung des Arbeitslohns zu verhindern ... (S. 54) Mut bei unerschrockenem Lügen ist Niedrigkeit ... (S. 233).«

Bei diesen fast schon ins Tarifpolitische gehenden Bemerkungen, aber vor allem nach dem letzten Satz öffneten und schlossen sich die Mäuler der Betroffenen wie bei Karpfen, die gerade aus dem Wasser gezogen worden sind. Sie gestikulierten und tönnten durcheinander, daß sie doch wieder wer seien in der Welt und brave Mitbürger in Uniform in vielen ihrer Teile für Ordnung, Sicherheit und Frieden sorgen würden. Dazu unser Herr am Pult: »Das Ziel gesunder Politik und Moral besteht darin, die Menschen näher zueinander zu bringen, nicht sie zu trennen, ihre Interessen zu vereinigen, nicht sich ihnen entgegenzustellen ... (S. 511) Es wäre gut, wenn Gesetzgeber, anstatt weitere Täuschungen und Beschwörungen auszuhecken, um uns an unsere Pflicht zu binden, die Betrügereien beseitigten, die gegenwärtig unsere Herzen korrumpieren ... (S. 466) Krieg und Eroberung können für das Gemeinwesen nicht von Nutzen sein. Ihr Zweck besteht darin, einige Wenige auf Kosten der Übrigen zu erhöhen, und folglich werden sie nirgends unterkommen als dort, wo die Vielen die Werkzeuge der Wenigen sind. Aber dies kann in einer Demokratie nicht geschehen, solange sie nicht nur dem Namen nach eine Demokratie ist ... (S. 469) Alle Feindseligkeiten gegen ein (...) Volk, weil (...) wir ihm schlechte Absichten zuschreiben, die es noch nicht auszuführen begonnen hat, sind eine ungeheure Verletzung jedes Moralprinzips ... (S. 479) Der Krieg (...) entspringt seitens der Angreifer vielleicht niemals den Ansichten einer Nation, sondern einer relativ kleinen Anzahl von Individuen ... (S. 477) Ein Teil der Nation bezahlt einen anderen Teil, damit er an seiner Stelle mordet und sich ermorden läßt ... (S. 472) Da Verteidigung die einzig legitime Ursache ist, wird das verfolgte Ziel (...) innerhalb sehr enger Grenzen liegen. Es kann sich nicht weiter erstrecken als bis zur Abwehr des Feindes von unseren Grenzen ... (S. 477) Wo Nationen nicht zu erklärter Feindschaft bewegt werden, ist alle Missgunst zwischen ihnen ein unverständliches Hirngespinnst ... (S. 510) Wo immer die Regierung sich

anmaßt, uns von der Mühe zu befreien, selbst zu denken, sind die einzigen Folgen, die sie erzeugt, Stumpfheit und Schwäche ... (S. 543).«

»Papperlapapp« grölte einer dazwischen, unsere Grenzen lägen am Hindukusch, im Kosovo, am Horn von Afrika und überall in der Welt. Und dort würden unser Eigentum, unser System, unser Wesen verteidigt, röhren fast alle im Chor. Doch der ehrwürdige Herr im hellen Teil des Raumes wurde auch lauter: »Das angehäuften Eigentum hat seine Herrschaft gefestigt und seitdem ist alles ein offener Wettstreit der Stärke und List der einen Partei gegen die Stärke und List der anderen ... Der Geist der Unterdrückung, der Geist der Servilität und der Geist des Betrugs, diese sind das unmittelbare Produkt des bestehenden Eigentumsystems ... (S. 735).« Es sei doch offensichtlich, »dass in den am meisten entwickelten Staaten Europas die Ungleichheiten des Eigentums einen besorgniserregenden Grad erreicht hat ... (S. 49) Kann irgendein System mehr unsere Missbilligung verdienen als das, welches neunzehn Zwanzigstel der Menschen in Lasttiere verwandelt, so viel Denken vereitelt, so viel Tugend unmöglich macht und so viel Glück zerstört? ... (S. 446) Gibt es ein Volk auf der Erde, das sich mit den Bürden seiner Regierung, den Kriegen, die sie verursacht, und den überreichlichen Einkünften, mit denen sie erhalten wird, abfinden würde, wenn es wüsste, dass sie bloß ein Auswuchs und eine Krankheit in der Ordnung der Gesellschaft ist? ... (S. 85).«

Nun begannen einige, ihre Matrosenkragen von ihren Blusen zu reißen, sie zu zerknüllen und nach vorne zu werfen. Die Tumulte wurden stärker und waren wohl auch der Grund dafür, daß ich mich im Schlaf hin- und herwälzte. Ich blieb erst wieder ruhig liegen, als ich in einer Ecke des Raumes auch einige Leute entdeckte, die ihr Interesse am Gehörten nicht verbergen konnten oder wollten und manchmal sogar zustimmend nickten. Der im Licht stehende Herr mußte das wohl auch gesehen haben, denn genau dorthin, wo, wenn nicht alles täuschte, die Biskys und Gysis die Hälse reckten, wandte er sich, ungewohnt laut werdend, mit folgenden Worten: »Kann das, was in seinem echten und unbegrenzten Zustand das Schlimmste ist, durch eine gewisse Modifizierung und Milderung das Beste aller Dinge werden? ... (S. 644) Gibt es etwas, was übelwollender auf das allgemeine Wohl blicken kann als eine Institution, die darauf hinarbeitet, bestimmten Systemen und Meinungen Dauer zu verleihen? ... (S. 547) Ergebnissadressen haben sich in jedem Zeitalter als sehr unsicheres Kriterium für das künftige Verhalten eines Volkes erwiesen ... (S. 804) Keine Maxime kann schädlicher sein als jene, die uns lehren möchte, die Stimmung der Zeiten zu berücksichtigen und nur so viel zu sagen, wie nach unserer Meinung unsere Zeitgenossen ertragen können. Diese Verfahrensweise ist gegenwärtig fast allgemein verbreitet und sie ist ein Zeichen eines sehr beklagenswerten Grades der Verworfenheit ... (S. 799 f.) Für ein vernunftbegabtes Wesen kann es nur eine Verhaltensregel geben, Gerechtigkeit, und nur eine Methode, um diese Regel zu ermitteln, den Gebrauch des Verstandes ... (S. 124).«

Und plötzlich war niemand mehr da, der die Hälse reckte. Sie und die dazugehörigen Köpfe hätten bei diesen Worten ja auch rot anlaufen müssen. Und alles ging unter im nun beginnenden Gejohle der Zuhörer: Das sei alles primitiver Populismus, gleichmacherisch, anarchistisch, sozialistisch, geradezu kommunistisch, ja terro ... Und da wachte ich auf.

Die Sonne blinzelte durch die Scheiben, und ihre Strahlen fielen auf ein Buch. Es lag auf meinem Nachttisch, wohin ich es vor dem Schlafengehen hingelegt hatte, um es beim Aufstehen sofort wieder zur Hand zu haben. Ihm verdanke ich diesen Traum.

Sein Titel: *Politische Gerechtigkeit*. Sein Autor: William Godwin. Der Titel des Originals: *An Enquiry Concerning Political Justice, and its Influence on General Virtue and Happiness*. Sein Erscheinungsjahr: 1793. Damaliger Erscheinungsort: London.

Nach über 210 Jahren ist es jetzt vollständig und erstmals in ausgezeichnete deutscher Übersetzung als Band 17 in der Haufe Schriftenreihe zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung von Hermann Klenner herausgegeben worden (o. g. und folgende Seitenzahlen nach dieser Ausgabe).

Es ist schon erstaunlich, daß dieses politische Hauptwerk von William Godwin so wenig bekannt war und ist bzw. der Vergessenheit (oder Ignoranz?) anheimgefallen ist. Mag sein, daß ich irrtümlicherweise von mir auf alle anderen schließe und zu unbelesen oder auch nur zu wenig informiert bin. Möglicherweise wurde er als »theoretischer Begründer und Wegbereiter« des Anarchismus, wie es im Philosophischen Wörterbuch der DDR aus dem Jahre 1964 auf Seite 20 heißt, einfach abgehakt.

Seine Lebensdaten fand ich in verschiedenen Lexika, Bezugnahmen auf seine politischen Gedanken und sein Wirken nur bei britischen (natürlich!) Historikern wie A. L. Morton, G. Tate, J. D. Bernal. Für den Altmeister der Wirtschaftshistoriker, Jürgen Kuczynski, war er unter Erwähnung des Romans Caleb Williams »der große radikale englische Publizist«. Aber sonst?

Den Mächtigen aller Zeiten war er immer ein Dorn im Auge, schrieb er doch, »es ist die Aufgabe der Herrschenden, den Beherrschten einzuzureden, daß es in ihrem Interesse liege, Sklaven zu sein.« (S. 388) Vielleicht auch den zeitweilig staatssozialistisch Mächtigen, denen seine Mahnungen, den Verstand zu gebrauchen, Vernunft walten zu lassen und nicht »Parteigänger des blinden Glaubens und passiven Gehorsams« zu sein (S. 170) zu weit gingen.

Sicher ist der von Godwin vorgedachte Weg zu einem menschenwürdigen Dasein aller ausschließlich über die Vervollkommnung des Menschen als eines vernunftbegabten Wesens illusorisch oder zweifelhaft. Nach seiner Überzeugung würde sich der Mensch als Produkt seiner Umwelt nur ändern, wenn er diese Umwelt ändert; dies aber nur über die Entwicklung und den Gebrauch des Verstandes und die Verbreitung der Wahrheit. »Der Weg zur Vervollkommnung der Menschheit ist in höchstem Grade einfach, nämlich wahr zu sprechen und wahr zu handeln.« (S. 454) Wenn es denn nur so wäre.

Wie schwierig dies ist, war ihm offensichtlich selbst bewußt, fürchtete er doch, daß die »Samen der Entdeckung (...) zu häufig durch den ungünstigen Boden um(kommen), auf den sie fallen.« (S. 258) Schließlich haben auch die seither vergangenen 200 Jahre erwarteter menschlicher »Vervollkommnung« eben nicht dazu geführt, die »Scharlatanerie« der Herrschenden zu beseitigen, so daß auch »der hausbackenste Verstand bereitwillig der leeren Schlaueit des Staatsgauklers spotten« würde, »der ihn irreführen wollte.« (S. 524)

Dennoch: Seine durchweg »zivilgesellschaftlichen« Auffassungen über politische und soziale Gerechtigkeit oder politische und soziale



Ungerechtigkeiten sind alles andere als überholt oder veraltet, sondern von geradezu beängstigender Aktualität. In acht Büchern mit über 800 Seiten entzündet sich ein Feuerwerk kritischer Überlegungen zu fast allen Grundproblemen des gesellschaftlichen Seins.

Angefangen mit Buch I über die Bedeutung politischer Institutionen über die Bücher zu den Prinzipien der Gesellschaft, den Prinzipien der Regierung, zu vermischten Prinzipien, zur legislativen und exekutiven Gewalt, über die Meinung als Gegenstand politischer Institution, Verbrechen und Strafen bis zum Buch VIII über das Eigentum werden Probleme der Demokratie, von Krieg und Frieden, der Menschenrechte, der Rechtsprechung, geistiger und ethischer Voraussetzungen und Bedingungen für Politik, Wirtschaft und Soziales von ihm in einfacher und einleuchtender Argumentation behandelt.

Wer die schonungslose Kritik der dem Verstand, der Vernunft, der Gerechtigkeit entgegenstehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, wenn schon nicht teilt, so doch wenigstens toleriert, wird sich nicht wundern, daß an Adel und Klerus, den Systemträgern seiner Zeit, kein Faden trocken gelassen wird. Was den Klerus betrifft, so muß hervorgehoben werden, daß Godwin aus Erfahrung schrieb, war er doch selbst zunächst Prediger in sogenannten Dissentergemeinden. Er gab sein pfärrisches Amt auf, als ihm offenbar wurde, daß Vernunft und Denken nicht Sache der Priester sein können, da sie »die offenen und freimütigen Aufwallungen des Geistes unterbinden« und nur »Förderer des Vorurteils und des blinden Glaubens« sind (S. 73). Und der Adel? Man braucht nur einen Blick in die Rubriken »aus der Welt der Reichen und Schönen« der Gazetten und Fernsehsender zu verschwenden, um versucht zu sein, auf das Grab William Godwins viele nie verblühende Blumen zu legen.

Den 813 Seiten Godwin folgen 169 Seiten Klenner. Der Anhang des Herausgebers enthält zum einen eine als Nachwort glänzend geschriebene Würdigung der Person Godwin mit entsprechender Einschätzung seines Werkes und zum anderen in 292 Fußnoten einen fundierten Überblick über historische Zusammenhänge sowie eine Chronologie der Zeit des Godwinschen Lebensalters. Der Anhang ist ein großer Gewinn. Nun könnte ja jemand kommen und sagen, wenn das so ist, dann lese ich doch nur den Anhang statt aller 983 Seiten. Ich bin mir aber ganz sicher, daß er dann umso begieriger sein wird, den Reichtum der Gedanken von Godwin bis zur letzten Zeile kennenzulernen und zu genießen.

Vielleicht kommt ihm dann auch Honoré de Balzac in den Sinn. In seinem Roman *Die Bauern* schrieb Balzac: »Die Kühnheit, mit der der Kommunismus, der die lebendige und handelnde Logik der Demokratie ist, die Gesellschaft in ihren sittlichen Grundlagen angreift, verheißt, daß der klug gewordene Samson Volk die Pfeiler der herrschenden Gesellschaftsordnung heute schon im Keller untergräbt, anstatt im Festsaal an ihnen zu rütteln.« (S. 122 der Ausgabe des Aufbau-Verlages von 1953) Bleibt weiterhin zu hoffen, daß sich alsbald viele Demokraten wieder im Keller zusammenfinden.

Wer Godwins Werk sein eigen nennen möchte, muß sich beeilen. Es ist nur in 400 Exemplaren vorhanden oder vorhanden gewesen. Im übrigen findet sich in dieser deutschen Ausgabe der Nachweis des auch im Godwinschen Sinne rechtschreibreformerischen Unsinns unserer Zeit – vielleicht der einzige Mißstand, der dort zum Missstand wird.

FRIEDRICH W. SIXEL

## Ist es nicht an der Zeit?

### Überlegungen zum Wissen als Kapital

Seit mehr als 2000 Jahren, und zwar seit Sokrates und Plato, hat der vorherrschende Entwicklungsstrang des abendländischen Denkens den Geist über die Materie bzw. die Natur gestellt. Das hat – wenn gleich nicht allerorten<sup>1</sup> – die Idee zugelassen, dass Urteile über die Natur als »synthetische« angesehen werden, d. h. als Produkte, in denen das denkende Subjekt und das Objekt in Aussagen geistig zusammen finden. Aber dem Geist wurde dabei der Vorrang belassen. Man denke hier nur an Kant und Hegel. Für sie, und das macht sie zu Philosophen des Idealismus, waren dem Menschen Aussagen über die Natur, ja der Umgang mit ihr, nur möglich, weil dem Menschen und der Natur die gleiche logische Grundstruktur eigen ist.

Mit dieser, nicht immer bewussten, Fundamentalannahme haben die westlichen Gesellschaften einzigartige Erfolge in der Naturbeherrschung errungen. Jetzt aber scheint es an der Zeit einzusehen, dass die Natur sich unser Verstehen von ihr und unsere Art des Umgangs mit ihr nicht mehr gefallen lässt; sie wehrt sich, und wir fassen die Schwierigkeiten, die wir mit der Natur haben, als Umweltprobleme auf. Die Frage ist indes, ob das Verstehen, das wir von unserem Bezug zur Natur und jetzt von unseren Schwierigkeiten mit ihr haben, überhaupt der Natur der Dinge adäquat ist, ja, ob es nicht ab ovo verkehrt war, wenn gleich dies erst jetzt zutage tritt. Müssen wir uns nicht besonders heute fragen, ob es der Natur und dem Menschen gerecht wird, das Gemeinsame zwischen beiden primär als Geist zu fassen? Wenn einem derartigen immerhin noch philosophisch verbürgten Ansatz schon nicht die Kraft innewohnt, von einer schädlichen Behandlung der Natur abzuhalten, dann kann ein Umgang mit der Natur, der sich unreflektiert und bloß ausbeuterisch auf sie stürzt, eine wirkliche und nachhaltige Lösung der Umweltprobleme nicht einmal wollen.

Ist es nicht an der Zeit zu fragen, ob derjenige, der von *Umwelt*-problemen redet, nicht nur vor allem eins anzeigt: eine wie immer geartete Verdrehtheit seines eigenen Denkens, gleichgültig, ob dieses Denken philosophisch gegründet ist oder die Natur einfach nur distanziert als Ressource sieht. Die Verdrehtheit des Redens von *Umwelt*problemen liegt darin, dass der Mensch annimmt, entweder aufgrund seiner Erkenntnisfähigkeit über der Natur zu stehen, sie gar hinter sich gelassen zu haben,<sup>2</sup> oder dass Natur und Mensch sowieso für einander völlig Andere und Geschiedene sind: dort die »Umwelt«, hier der Mensch. Nun ist aber vor allem im deutschen Sprachraum eine solche Redeweise verwunderlich, da dort einst, wenn gleich

Friedrich W. Sixel – Jg. 1934; Dr. phil., Professor für Soziologie an der Queen's University in Kingston, Kanada; neben zahlreichen Essays hat er u. a. folgende Bücher veröffentlicht: *Crisis and Critique – on the »Logic« of Late Capitalism* (1988), *Understanding Marx* (1995), *Nature in Our Culture – a Study in the Anthropology and Sociology of Knowing* (2001) (Dies auch in Deutsch: *Die Natur in unserer Kultur*, Würzburg 2003; zuletzt in UTOPIE kreativ: *Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Weg zu einem zeitgemäßen Sozialismus*, Heft 189/190 (Juli/August 2006).

1 Zum Beispiel nicht im Positivismus und auch nicht in der »analytischen« Philosophie, wie sie vor allem in den angelsächsischen Ländern betrieben werden.

2 So z. B. gesehen von dem Philosophen Hans-Georg Gadamer; siehe hierzu etwa: Hans-Georg Gadamer: *Reason in the Age of Science*, Cambridge (Mass.) 1983, S. 75.

3 Dieser Gedanke durchzieht das gesamte Werk von Karl Marx und geht bis auf seine Feuerbachthesen zurück; siehe hierzu auch Jürgen Habermas: *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt (Main) 1973, S. 45.

4 Karl Marx: *Grundrisse*, Frankfurt (Main) o. J., z. B. S. 587, 594.

5 Diesem Begriff wurde Prominenz verliehen durch Georg Franck: *Mentaler Kapitalismus. Eine Politische Ökonomie des Geistes*, Wien 2005. Von einer »Kritik Politischer Ökonomie« ist dort kaum etwas zu finden. Dies aus gutem Grund, da sie ohne ein Erfassen des Geistes als Natur nicht möglich ist.

6 Die mentale Flexibilität zeigt sich u. a. daran, dass heutige Eliten wie behände Heuschrecken ihre Jobs wechseln können: Bundeskanzler wird »Oil-Executive«.

nicht allgemein praktiziert, Klarheit darüber bestand, dass der Mensch voll und ganz Teil der Natur ist. Seine Natur ist zwar befähigt zur Geistigkeit, so dass Karl Marx vom Menschen als einer »Anderen Natur« spricht, aber die menschliche Geistigkeit bleibt für ihn, den materialistischen Dialektiker, damit immer noch Teil dessen, worin allein sie leben und wirken kann: der Natur.<sup>3</sup>

Derjenige, der den hierin liegenden Primat der Natur missachtet, wird von der Natur schwer bestraft; er wird seines Lebens auf Dauer nicht froh. Er merkt nicht einmal, dass seine vermeintliche Herrschaft über die Natur auf Pyrrhussiegen beruht. Wer die Natur zur bloßen »Umwelt« degradiert, verschärft sein Leid noch mit jedem Versuch, die »Umwelt«-Probleme zu lösen. Selbst auf Rettung zielende Taten bewirken ihr Gegenteil. Die solchem Bemühen zugrunde liegende Verdrehtheit des Denkens macht den Bezug zu allem und zu jedem verkehrt. In anderen Worten: Der Mensch kommt nirgendwo mit der Natur ins Reine, sei es mit der Natur in ihm selbst, im Mitmenschen oder »da draußen«.

Damit ist die Schlüsselstellung des Wissens für unsere »Umwelt«-Probleme angezeigt, ja noch für etliches mehr, und deswegen muss man fragen, ob es nicht an der Zeit sei, die *Natur des Wissens* zu würdigen. Dieser Aufgabe stellt man sich indes nicht, indem man im derzeit weit verbreiteten Gerede von der Wissensgesellschaft mitmischte. Dazu muss weiter ausgeholt werden.

Karl Marx hat dazu eine wichtige empirische Vorarbeit geleistet. Bereits in den 1857/58 verfassten »Grundrissen« zum »Kapital« hält er die Beobachtung fest, dass in den damals noch jungen USA die Wissenschaft zu mehr als einem bloßen Produktionsmittel geworden ist; sie hatte sich zur Produktionskraft entwickelt.<sup>4</sup> Damit will er sagen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nur in der Produktion *angewandt* werden – etwa solche aus Physik und Chemie –, sondern dass das Wirtschaften in seiner Gesamtheit von der »Produktion« bis hin zu »Distribution« (Investition) und »Austausch« (Markt) wissenschaftlich verstanden und betrieben wird. Leider ist Marx auf diese Beobachtung in seiner weiteren »Kritik der Politischen Ökonomie« nicht mehr ausführlich zurück gekommen. Vielleicht hat das daran gelegen, dass diese Entwicklung des Kapitalismus erst in ihren Anfängen war. Andere Philosophen haben, so weit ich sehe, diese Marxschen Gedanken zu Wissenschaft und Wissen kaum in Betracht gezogen.

#### *Wissen als »mentales Kapital«*

Mittlerweile ist Wissenschaft nicht nur neben das Kapital als mitbestimmende Produktionskraft getreten, sondern sie hat auch sich selbst und das Kapital qualitativ verändert. Nicht nur ist die Handhabung des Kapitals zu einer Wissenschaft geworden, sondern Wissenschaft forscht nur, wenn ihr die Hände mit Kapital gefüllt werden. Ja, das Wissen selbst als ein abstraktes System von Theorien, Gesetzen und Methoden wird als »mentales Kapital«<sup>5</sup> eingesetzt, und das mit eben der Flexibilität, die dem monetären Kapital schon lange eigen ist<sup>6</sup>. Dieser historische Prozess muss im Kontext von wenigstens zwei Entwicklungssträngen gesehen werden, und zwar denen der zunehmenden mentalen Abstraktion und der wachsenden gesellschaftlichen Individualisierung.

Beim Betrachten der Vereinzelung entsteht zunächst der Eindruck, dass es sich bei ihr um eine Angelegenheit bloß *mentalen* Selbstverständnisses handele, ungeeignet für das Verstehen der *Natur* des Menschen. Das ist aber nicht genau zutreffend, da selbst eine kurze Analyse der Vereinzelung Licht auf die Diskrepanz zwischen materieller Wirklichkeit und Selbstverständnis des modernen Menschen wirft. Bezeichnenderweise lässt sich Vereinzelung höchstens als subjektive Interpretation zu Ende *denken*, objektiv und d. h. materiell-konkret kann der Mensch sie aber nicht *leben*. Wie Marx wusste, sind »Robinsonaden« nur »ästhetischer Schein der bürgerlichen Gesellschaft«. Dementsprechend zeigt sich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, dass der moderne Mensch *materialiter* so stark in die Gesellschaft eingebunden ist wie keiner seiner Vorgänger. Sein Hemd kommt aus Südostasien, sein Computer aus Japan und seine Butter aus Holland. Indes wird er auf dieser konkreten Ebene die Anbieter je nach Preis und Leistung auswählen. Und auch im privat-persönlichen Bereich ist der heutige Mensch jederzeit bereit, Beziehungen in jedem Augenblick zur Disposition zu stellen. Man ist eingebunden in lebenswichtige Netze sozialer Beziehungen, aber ein »Lebenslänglich« für sie nimmt keiner mehr hin. Man ist eben Mitglied mit nur temporärer Identifikation, wobei man als bestimmenden Faktor der Zeitdauer getrost den – individualisierten, was sonst? – Nutzen ansehen kann. Daran wird deutlich, dass Individualisierung eine Funktion von – oft kurzfristigen – Kosten-Nutzen-Kalkülen ist, aber keineswegs Asozialität bedeutet.

Zunächst zeigt dies Dreierlei an: die Entideologisierung von Sozialbeziehungen, die Hinwendung zum Materiell-Konkreten und den Akzept enormer Flexibilität. In dieser Trilogie liegt einerseits die Bedeutung der Vereinzelung *für* den Globalkapitalismus unserer Tage; er sucht ihre Entwicklung zu beschleunigen, denn darin liegt Gewinn an Kapital und Macht für seine Eliten. Andererseits wird verkannt, auch von der politischen Linken, dass in eben dieser Trilogie die Chance einer zukunftsweisenden »Aufhebung« des Globalkapitalismus liegt. Es ist an der Zeit einzusehen, dass es jetzt um diese Aufhebung geht, und nicht um retrospektive Bemühungen abgestellt auf »Bestandserhaltung«. Neues muss her, um die Gefahren des Globalkapitalismus zu überwinden.

Das von ideologischer Scham befreite Interesse am Materiell-Konkreten darf nicht über die gleichzeitige außerordentliche Abstraktion des heute praktizierten Wissens und Denkens hinwegtäuschen. Sie hat sich, wie oben bemerkt, im späteren 19. Jahrhundert in den Chefetagen der größeren Korporationen herausgebildet, zunächst in den USA, und durchdringt jetzt das Denken in allen Lebensbereichen.

Abstraktion bedeutet nach den gängigen philosophischen Wörterbüchern die geistige Distanzierung vom Materiell-Konkreten und seiner körperlich-sinnlichen Erfahrung. Weder sind konkrete Objekte, noch deren Interaktion und ihre Wirkung auf die Sinnesorgane des Menschen in der heutigen Wissenschaft von nachhaltigem Interesse; sie sind allenfalls Ausgangspunkte der Wissenserstellung, schnell hintangestellt und ersetzt durch hypothetisch-theoretisch angeleitete Begrifflichkeit, idealiter formuliert in mathematisierten Messdaten.

Von den Naturwissenschaften und bald auch den Wirtschaftswissenschaften ausgehend, drang dieses Erkenntnisinteresse in alle Wissensbereiche vor, angefangen von Ackerbau und Viehzucht bis hin zu Politik, Gesellschaft, Religion, Kunst und Gesundheit. Inzwischen ist es in der Praxis zum entscheidenden Gradmesser der Qualität erstellten Wissens geworden, dass man mit ihm etwas Erfolgreiches anstellen kann. Nur dann ist es »bedeutend« und gilt als »zutreffend«.

Der hier ins Bild rückende Instrumentalismus des derzeit herrschenden globalkapitalistischen Wissens wird noch weit deutlicher, wenn man Wissensproduktion, -finanzierung und -vermarktung, also deren sozialen Kontext, in Betracht zieht. Dieser Kontext ist kein anderer als die eben skizzierte Vereinzelung. Wie in allen anderen Tätigkeitsbereichen verfolgt der Einzelne auch in der wissenschaftlichen Forschung nicht mehr sein unmittelbares Interesse. Niemand denkt mehr daran zu suchen, was die »Einheit der Natur« ausmacht oder sie »im Innersten zusammenhält«. Man betreibt diejenigen Forschungen, für deren Resultat man Abnehmer findet. *Alle* Erkenntnisse und Kenntnisse haben diesem Erfolg zu dienen, gleichgültig welchen Schaden deren Anwendung nebenher anrichtet; entstehende »Umwelt«-Probleme sind, wie »Nebenwirkungen« in der Medizin, lediglich Variationen des Themas »Kollateralschäden«. Für jedermann gilt, im Geschäft zu bleiben, egal, worauf man sich spezialisiert. Die Anfänge auch dieser Entwicklung hatte Marx schon vor 1860 bzgl. jeglicher Arbeit in den USA festgehalten.<sup>7</sup> Man *war* nicht Schreiner, Maschinist, Farmer oder Prediger und fand darin seine Identität, sondern man »machte Geld«, da wo es ging, und war stets bereit, etwas anderes zu machen. Für den heute so wichtig gewordenen Gesinnungsunternehmer, wie er in Bereichen von Politik, Kunst oder Religion tätig ist, bedeutet das neben der Lieferung immer neuer nützlich erscheinender Darstellungen der Wirklichkeit auch ein unter Umständen geschwindes Auswechseln von so genannten »Werten«.

Will man die heutige Denk- und Wissensweise, also den Instrumentalismus, in seiner Grundstruktur erfassen, dann ist der Aspekt der Flexibilität, die sie erbracht hat, ein höchst geeigneter Ausgangspunkt. Für diese Flexibilität gibt es keine Wirklichkeit, oder präziser, keine Konzeptualisierung von Wirklichkeit einschließlich der von gesellschaftlichen Werten, die nicht umdefiniert werden könnte. Flexibilität scheint demnach ein rein mentales Vermögen zu sein. Dieses Vermögen ist von keinem anderen so klar auf den begrifflichen Nenner gebracht worden wie von Niklas Luhmann. Seine seit etwa 1970 entwickelte Systemtheorie ist vor allem eine Theorie von Sinnsystemen. Für unsere Zwecke stark vereinfacht gesagt, benennt sie als Bedingung der Möglichkeit flexibler Informationsaufnahme und -abgabe das von jeder Ideologie befreite instrumentale Variieren konzeptueller Bezugsrahmen. Diese Manipulation erlaubt jederzeit die Neu-Definition der Wirklichkeit in all ihren Facetten, d. h. »das dumme Geschwätz von gestern« (Adenauer) braucht einem nicht mehr im Weg zu stehen. Diese Fähigkeit wird selbstverständlich nicht als *l'art pour l'art* gepflegt, sondern dient als Mittel, um in jeder neuen Situation erfolgreich agieren zu können. Entspre-

<sup>7</sup> Siehe z. B. Marx, a. a. O., S. 25.

chend leitet mangelnder Erfolg die Revision eines bis dahin gültigen »Sinn« gebenden Bezugsrahmens ein. Selbst der Mangel an Erfolg kann noch undefiniert werden, falls dies neue Möglichkeiten des Agierens eröffnet.<sup>8</sup> Man kann also, Luhmann paraphrasierend, sagen, Wahrheit ist relativ, und selbst diese Aussage ist noch relativ, und zwar zu der Zeit, da dieser Umstand entdeckt wurde, also zur Jetztzeit.<sup>9</sup>

Offensichtlich wird damit der Wahrheitsbegriff auf eine vielleicht angenehme Weise kapriziös, allerdings nur für den, der über hinreichende Information und Instrumente ihrer Verarbeitung verfügt. Oder anders gesagt: In heutiger Zeit kann nur führen und Kontrolle ausüben, wer das *neue* »mentale Kapital« (flexibles »Sinn« gebendes Theoretisieren) besitzt, Zugang zu Informationen hat und dadurch ausgerüstet ist, Wirklichkeit wie gewünscht darzustellen, inklusive der des traditionellen Kapitals. Letzteres braucht man aber keineswegs zu »besitzen«. Wer nicht mit vor allem »mentalem Kapital« ausgestattet ist, bleibt untergeordnet, kann nicht »mündiger Bürger« sein. Für diesen ist die Wirklichkeit keineswegs kapriziös, sondern undurchsichtig, ja gespenstisch.

Angesichts dieser Überlegungen ist man leicht versucht, zu psychologisieren oder in die alte, einst gültige Klassenanalyse einfach eine weitere Dimension einzuführen, etwa nach dem Schema: Kapital + mentales Kapital = *mehr* Ausbeutung. Aber dies würde den Verhältnissen im heutigen Globalkapitalismus nicht voll gerecht. Das liegt daran, dass, wie wir oben sahen, traditionelles Kapital und mentales Kapital sich nicht einfach addieren, sondern sich gegenseitig qualitativ modifizieren. Deswegen kann man so weder der *Art* der jetzigen Ausbeutung beikommen, noch anderen Folgeerscheinungen unseres jetzigen sozio-ökonomischen Lebens. Als Beispiele für letztere seien nur die schon erwähnten »Umwelt«-Probleme, der individuelle Identitätsverlust, aber auch der »den ganzen Betrieb« aufrechterhaltende Konsumismus genannt. Um diese Phänomene zu verstehen, müssen wir das heutige Denken und Wissen noch etwas genauer betrachten.

Man kann dabei von höchst verschiedenen Beobachtungen ausgehen. Wenn wir hier bei den »Umwelt«-Problemen ansetzen, dann deswegen, weil man dann sehr bald auf frappierende Umstände stößt, deren Klärung besonders instruktiv ist. Sie führt uns direkt auf die *Materialität, das Natur-Sein* des Wissens.

### *Das Widernatürliche zutreffender Erkenntnisse*

Zunächst ist der Umstand frappierend, dass unsere »Umwelt«-Probleme im Großen und Ganzen keineswegs auf unzutreffenden wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, dass aber deren Zutreffen dennoch nicht die weltweite Gefährdung unseres Lebens durch Abgase, Abwärme, nuklearen Abfall etc. verhindert. Da dieser Umstand für jedermann offensichtlich ist, ist es umso frappierender, dass dem praktisch von niemandem nachgegangen wird. Stattdessen wird allerorten überlegt, wie man das Tun von Wissenschaft und Technik ethisch und dann auch juristisch in Grenzen weisen kann. Auf das Problematische dieser Versuche kommen wir weiter unten zu sprechen. Im Augenblick geht es um die Frage, ob dies Nichthinterfra-

8 Während der Niederschrift dieses Aufsatzes bemühte sich Präsident Bush, die Niederlage im Irak als eine gute Ausgangssituation für Verhandlungen zur Nahost-Situation unter benachbarten Staaten einschließlich der USA zu definieren.

9 Dies gehört zur Quintessenz von Luhmanns Theorie. In vielen Variationen spricht er davon, dass »Wahrheit ... nichts anderes ... als strukturelle Variabilität« eines Sinnsystems sei. So z. B. in: Jürgen Habermas, Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt (Main) 1971, S. 86. Ich habe dies als »epistemologischen Opportunismus« bezeichnet, siehe Friedrich W. Sixel: *Crisis and Critique. On the ›Logic‹ of Late Capitalism*, Leiden, New York 1988, S. 92.

10 Ich gehe hier von der heute vernachlässigten Diskussion des Unterschiedes zwischen den Gegensatzpaaren zutreffend/unzutreffend und wahr/falsch aus. Höchst vereinfacht gesagt enthielt sie die Gleichung: Zutreffen gleich Wahrheit minus Wertung. Siehe z. B. Werner Heisenberg: Das Naturbild Goethes ..., in: Goethe-Jahrbuch, Neue Folge, 29. Bd., Weimar 1967, insbesondere S. 34 f., 40 f.; siehe auch Jürgen Habermas, a. a. O., S. 19 ff. und Ders.: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt (Main) 1976, S. 338 ff. Ferner Friedrich W. Sixel, a. a. O., S. 77 f., 87 f. und Ders.: Die Natur in unserer Kultur. Eine Studie in der Anthropologie und Soziologie des Wissens, Würzburg 2003, S. 96 ff., 140 f., 318 ff.

11 Siehe Manfred Spitzer: Geist im Netz, Heidelberg, Berlin, Oxford 1996, insbesondere S. 125 ff., 209 ff., 230 ff. Siehe auch Antonio Damasio: Descartes' Error, New York 1994 und Gerhard Roth: Das Gehirn und seine Wirklichkeit, Frankfurt (Main) 1994.

gen der Wissenschaften nicht zeigt, dass sie uns als jenseits aller Fragwürdigkeit und damit über jede Befragung erhaben erscheinen. Ist es jetzt etwa nicht an der Zeit, endlich die Frage aufzuwerfen, ob nicht an unseren zutreffenden wissenschaftlichen Erkenntnissen etwas *widernatürlich* (nicht *nichtnatürlich*!) und in diesem Sinne *falsch* ist?<sup>10</sup> Kann der Grund hierfür nicht darin liegen, dass unsere Wissenschaften einer Geistigkeit entsprungen sind, die ihre eigene Natur und dadurch die Geistigkeit der Natur allzu lange ignoriert hat?

Angesichts des Gewichts dieser Fragen an die Wissenschaften, vor allem an die Naturwissenschaften, wollen wir für den Augenblick beiseite lassen, dass auch Darstellungen der Wirklichkeit in Politik, Wirtschaft, Kunst, Religion etc. durchaus auf Zutreffendem und, in diesen Bereichen, auch auf plausibel erscheinenden Werten beruhen können und dennoch oft genug *falsch* und verführerisch sind.

Bevor wir uns der Frage zuwenden können, wie es dem menschlichen Geist »gelingen« kann, *widernatürlich* zu werden, sollten wir wenigstens zu skizzieren versuchen, wieso der Geist voll und ganz Teil der Natur ist. Wir werden dann in einem nächsten Schritt sehen, wieso er nur wegen seines eigenen, allerdings besonderen Naturseins sowohl gegen die Natur wie auch im Einklang mit ihr wirken kann.

Diese Überlegungen dürfen wir vielleicht mit einer ganz kurzen Exkursion in Kants Erkenntnistheorie beginnen. Man wird sich erinnern, dass die Erkenntnistheorie für ihn gewissermaßen auf zwei Füßen stand: einerseits auf der Kategorientafel (heute: »Bezugsrahmen«), wie weitgehend geläufig ist, und andererseits auf dem, was er die Spontaneität nannte, wie weit weniger beachtet wird und die auch von Kant selbst nie gründlich erörtert worden ist. Wenn letzteres auch überraschend sein mag, so zeigt sein Bezug auf die Spontaneität doch an, dass er die Notwendigkeit sah, eine antreibende Kraft als Bedingung der Möglichkeit des Erkennens, d. h. des Einsatzes der Kategorien, einführen zu müssen. Insofern kann man – nun stark vereinfachend, wenngleich damit nicht entstehend – sagen, dass auch Kant wusste, dass das Wissen (Erkennen, Denken) *gewollt* werden muss; ohne *Wissenwollen* gibt es auch für Kant kein Wissen.

Heutige wissenschaftliche Disziplinen von Neurophysiologie bis hin zur Neurophilosophie<sup>11</sup> sprechen in diesem Zusammenhang einerseits davon, dass unsere Neuronen im Laufe der menschlichen Sozialisation Verknüpfungen herstellen, diese einüben und immer wieder anwenden, und damit den strukturegebenden Rahmen für das Wissen aufbauen; dieser Rahmen lässt sich vielleicht mit Kants Kategorien der Erkenntnis vergleichen. Andererseits sprechen die Neurologen davon, dass der Aufbau und die Betätigung eingeübter Neuronenvernetzungen auf elektro-chemischen »Zündungen« beruhen; dieses »Zünden« entspricht in etwa der Kantschen »Spontaneität«. Es ist die energetische Bedingung der Möglichkeit von Geistesarbeit und Wissen überhaupt und erlaubt die Interaktion der lebenslang energetisch stabilen Neuronen.

Dieser innermenschliche Energiestrom wird von den Energieströmen der Natur »da draußen« angeregt und stellt somit den Menschen mit seiner *Geistestätigkeit* voll und ganz in die Natur. Das erlaubt schon den Verdacht, dass Erkennen und Wissen sich ohne die Mög-

lichkeit der Rückkopplung an sinnliche Wahrnehmung auf gefährliches Terrain begeben. Nicht nur wird ihre Vermittlung an die breite Öffentlichkeit äußerst schwierig, sondern auch die Bedeutung sinnlicher Wahrnehmung für Wissen und Denken wird immer weniger gesehen. Das hat, wie zu beobachten, nicht zu unterschätzende Konsequenzen angesichts der Bedeutung von Wissen als mentalem Kapital. Obwohl hierzu noch sehr vieles weiter ausgeführt werden müsste,<sup>12</sup> sagt das noch nicht allzu viel zur *Natur von Geist und Wissen* selbst. Aber ich wage zu hoffen, dafür wenigstens ein erstes Argument skizziert zu haben. Vielleicht darf ich hierzu noch Kronzeugen anrufen. Goethe, der sich so sehr der Sinnlichkeit als Grundlage menschlichen Schaffens bewusst war, sagt einmal, bezeichnenderweise im Hinblick auf seine naturwissenschaftlichen Forschungen: »Das Wollen gehört der Natur und bezieht sich auf die äußere Welt«. <sup>13</sup> Marx hätte gegen diesen Goetheschen Satz kaum einen Einwand gehabt. Für ihn fließen ja Geschichte und Naturgeschichte zusammen, allerdings erst dann, wenn das Schreckgespenst des Kapitalismus verscheucht ist.

Als weiterführendes Argument für das Natursein des Geistes und des Wissens selbst sei darauf hingewiesen, dass Wollen und Wissen aus der Aktivität desselben Energieträgers entstehen, nämlich der des menschlichen Leibes. Damit ist aber auch gesagt, dass der Bezug auf diesen Energieträger es uns ermöglicht, die Beziehung zwischen Wollen und Wissen und damit das *Natursein des Wissens und des Geistes selbst* besser zu verstehen. Ich denke, dass das Wissen als strukturgebende Denkkraft (»Kategorien«, Bezugsrahmen, eingeprägte Vernetzungen) in der dynamischen Beziehung zwischen Wissen und Wollen die Rolle der Antithese einnimmt. Diese Rollenverteilung ergibt sich aus der Beobachtung, dass das Wissen das Wollen insofern in sich »aufhebt«, als das Wissen sich offenbart in *gewollten* energetischen Formen, z. B. in Gedanken,<sup>14</sup> sprachlichen Äußerungen, Kunstwerken oder sonstigen produzierten Gegenständen. Die in diesen Produkten manifest werdende Energie des Wollens ist somit das Gemeinsame (die »Vermittlung«, das »Übergreifende« im Hegel-Marxschen Sinne) in der materialistischen Dialektik zwischen Wollen und Wissen. In anderen Worten: Das naturhafte Wollen erhält sich als These im Wissen als seiner Antithese. Unsere Geistesprodukte sind dann wie alle unsere Produkte Synthese zwischen innerer und äußerer Natur. Sie sind »Steigerungen« (Goethe) der Natur, ohne die Natur jemals hinter sich zu lassen. Damit zeichnet sich dann auch für die oben kurz angeschnittene Frage, warum unser Geist überhaupt die Natur verstehen kann, eine Antwort ab: weil er Natur ist. Wenn diese Überlegungen nicht verkehrt sind, dann erlösen sie uns auch von einer anderen uralten Plage unseres Denkens: Sie vertreiben so etwas wie einen nicht-materiellen Geist, also einen »Geist an sich« und damit auch den Geist-Materie-Gegensatz in Horizonte, in denen unsere Spezies nichts verloren und nichts zu suchen hat.

#### *Nur unser Wissen kann ver-rückt sein, nicht die Natur*

Hier zeigt sich, dass der menschliche Leib das Apriori allen Wissens<sup>15</sup> ist, und wir sind somit zu der Beruhigung befreit, dass unsere Spezies auch geistig da zu Hause ist, wo sie es »materiell« ohnehin

12 Siehe Friedrich W. Sixel: *Die Natur in unserer Kultur*, a. a. O., Kap. 5.

13 Johann Wolfgang v. Goethe: *Newtons Persönlichkeit*, in: *Farbenlehre*, Bd. III, Stuttgart 1988, S. 232.

14 Zur Seinsweise von vor allem Gedanken, aber auch sprachlichen Äußerungen und Kunstwerken siehe Gregory Bateson: *Steps to an Ecology of Mind*, New York 1972; Richard Newbold Adams: *Energy and Structure*, Austin (Tx) 1975, S. 113 f.; Friedrich W. Sixel: *Die Natur in unserer Kultur*, a. a. O., S. 30 f., 119 ff.

15 Siehe Karl-Otto Apel: *Das Leibapriori der Erkenntnis*, in: *Archiv für Philosophie*, Bd. 12, Nr. 1-2, 1963. Leider hat Apel diesen Gedanken nicht weiter verfolgt.



ist, nämlich in dieser Welt, in der Natur. Der Gedanke des Leib-Aprioris schließt die Marxsche Vorstellung ein, dass der Mensch mit *allen* seinen Fakultäten »das übersteigende Andere zur Natur ist«. Das Zur-Natur-Andere in uns, das aber, wohlgemerkt, nicht Nicht-Natur sein kann, macht unsere Spezies indes zum einzigen uns bekannten Teil der Natur, der Objekten Bedeutung, also Sinn, beilegen kann. Und diese Andere Natur erlaubt uns auch, dies in einer Vielfalt von Formen zu tun. Es kann also nicht *per se* die oben herausgestellte Fähigkeit des flexiblen und damit unterschiedlichen, ja pluralistischen Definierens und Umdefinierens der Welt um uns und in uns sein, die uns Probleme mit der Natur verschafft. Letztere zeigen vielmehr an, dass der Fähigkeit zu dieser Flexibilität etwas zugestoßen sein muss. Wie die so genannten »Umwelt«-Probleme so deutlich vor Augen führen, beruhen sie ja gerade nicht auf Falschem in der Natur *um uns*, sondern in der *in uns*. Es ist somit an der Zeit zu fragen, ob unsere »Umwelt«-Probleme nicht aus dem *bloßen* Zutreffen unserer Wissenschaften herrühren. Nur unser Wissen kann ver-rückt sein, nicht die Natur. Dies läuft auf die Frage hinaus, ob denn unsere eigene innere Natur im bloßen Zutreffen unseres Wissens adäquat »aufgehoben« ist oder nicht. Wenn sie es nicht ist, bleibt unser Wissen immer noch Teil der Natur, dessen Ver-rücktheit die Natur da draußen sich aber nicht mehr gefallen lässt; sie wehrt sich dagegen und schlägt zurück.

Wie aber können wir wissen, ob unser Wille (unsere »Spontaneität«) *mit Verdrehungen* in unserem Wissen »aufgehoben« ist? Kann dies ein verdrehter Sinn überhaupt erkennen? Diese Fragen verlangen eine Betrachtung nicht nur des heutigen Wissenschaftsbetriebs, sondern der heute herrschenden Form des Wissens und Tuns generell, nämlich des Instrumentalismus.

Das Charakteristische am Instrumentalismus ist sein permanentes Interesse an Mitteln; alles andere steht dahinter zurück. Selbst erreichte Zwecke zählen nur als wieder einsetzbare Mittel. Auf sie richtet sich eine neue Art des Profitstrebens, in dem das traditionelle Kapital mit dem neuen »mentalen Kapital« eine qualitativ neue *einsetzbare* Form von Mehrwert erzeugt. Diese neue Form von »Kapital« lässt sich am besten mit dem Begriff »Macht« erfassen.<sup>16</sup> Macht hat, wer definitorisch und/oder konkret Objekte kontrolliert, die andere begehren, also wollen, aber nicht haben. Kontrolle über gesellschaftlichen Zugang, so genannte »Schönheit«, ein Segelboot, Fähigkeiten, Arbeitskraft und alles erdenkliche andere inklusive längst abgestorbener Ideologien – all das kann zum Mittel für Gewinne, also Macht werden. Wissen erweist sich an der Fähigkeit des »Meinungsmachens«. Sie ermöglicht es, Interessenten für das zu finden, über das man verfügt, und sei es durch neue Wertsetzungen (Reklame, »life-style images«, Propaganda etc.). Nur wer gar nichts »Interessantes« zu bieten hat, ist »tot«. Streben nach Profit im neuen Sinn verlangt vor allem »mentales Kapital«, ohne indes Kapital im traditionellen Sinn zu verachten. Die qualitative Innovation, die sich mentales und traditionelles Kapital gegenseitig beschert haben, hat dazu geführt, dass Saturiertheit im *neuen* Profitstreben noch gefährlicher ist als im traditionellen Kapitalismus. Dies unausgesetzte Streben nach Mitteln ist die Grundlage des heute real existierenden ge-

16 Zur zentralen gesellschaftlichen Bedeutung von Macht siehe Richard Newbold Adams: *Energy and Structure*, a. a. O., passim.

sellschaftlichen Verkehrs. Anderenorts habe ich von dieser Grundlage als dem Midas-Syndrom gesprochen.<sup>17</sup> Wie wohl bekannt, wurde alles, was Midas berührte, zu Gold, dem Mittel par excellence. Deswegen konnte er nie genießen oder gar satt werden und blieb permanent hungrig.

Wer Objekte jedweder Art in Mittel verwandeln will, kommt ohne die flexible Fähigkeit des Definierens und Umdefinierens nicht aus. Diese Definitionsfähigkeit verlangt jedoch eine besondere Art des »Zündens« unserer Neuronen. Die Besonderheit dieses »Zündens« liegt nicht darin, dass es ein ursprüngliches spontanes Zünden einfach abschafft, sondern es umleitet, also verdreht. Es zielt ab auf Objekte, die nicht spontan gewollt werden, für die man sich aber entscheidet. Es mag zur Erläuterung des hier Gemeinten hilfreich sein, den Unterschied zwischen Wille und Entscheidung kurz in Betracht zu ziehen.

Während der Wille sich spontan einstellt, »zündet« und insofern nicht unserer Kontrolle unterliegt<sup>18</sup>, ist das Fällen einer Entscheidung immer ein kontrollierter und zweiter Schritt *nach* Auftreten des Willens. Insofern ist Entscheidung Sache eines Kalküls, in dem der spontane Wille sehr wohl unterdrückt sein kann. Genau dies ist das Typische für den Instrumentalismus und sein permanentes Interesse an Mitteln. Hier ist der Punkt, an dem unserer *spontanen* Flexibilität Schaden zugefügt wird. Dieses verdrehte Interesse ist selbstverständlich auch auf die besonderen Objekte in der Natur gerichtet, von denen wir als *Mitmenschen* reden. Aber genau so, wie wir im Instrumentalismus die außermenschliche Natur nicht als *Mitwelt* sondern als *Umwelt* erleben, erfassen wir auch den Anderen als ein Stück egofokal benutzbarer Umwelt. Dies ist ein wohl offensichtlicher Aspekt der Individualisierung und der Abstraktion gesellschaftlichen Umgangs bis in Bereiche hinein, die einst noch als intime galten. Dem instrumentalistischen Denken ist nichts an der Befriedigung des spontanen Willens gelegen und somit an der Beglückung, sich im Einklang zu wissen mit der sich im Willen spontan äußern den inneren Natur. Die Bedeutung dieses Einklangs für die Identität des Individuums nach dem Absterben aller Ideologie wird uns gleich noch kurz beschäftigen.

### *Globalkapitalismus als omnilaterale Ausbeutung*

Von hier aus lässt sich zunächst das Besondere der Ausbeutung im Globalkapitalismus skizzieren: es erstreckt sich auf alles, alle und jeden, ja es bezieht, absurd wie es erscheinen mag, das ausbeutende Individuum selbst mit ein. Kurz gesagt: *Globalkapitalismus* ist mehr als ein geographischer Begriff; er zeigt das Omnilaterale der Ausbeutung an.

Dann aber muss man fragen, was denn heute im Endeffekt ausgebeutet wird. Die Antwort kann nur lauten: die Natur in allen ihren Erscheinungsformen. Sie wird ausgebeutet von einem Geist, der seine eigene Natur verkennt und, dadurch »verdreht«, so tut, als könne er gegen sie angehen. Der eigene Leib gar ist bloßes Mittel zum Gewinn; man tut ihm Gewalt an, ohne seine Natur liebend zu achten und zu kultivieren. Man denke etwa an die Anorexia nicht nur bei »models«, sondern auch bei Teenagern, oder an die Aufputschmittel

17 Siehe Friedrich W. Sixel: Die Natur in unserer Kultur, a. a. O., S. 101 und kontextualisiert in Kap. 5.

18 Die Bedeutung dieses Umstandes für Luthers Begriff der Sünde kann kaum überschätzt werden. Dazu lese man: Martin Luther: Dass der freie Wille nichts sei, München 1954.

im Sport. So bleiben denn alles, alle, jeder und das eigene Selbst sich fremd, gewähren keine willenssättigende Befriedigung und halten, neben unbegrenzt steigendem Konsum, die omnilateral wachsende Ausbeutung beim nicht endenden Kampf um Mittel in Gang. Wie Marx wusste, konnte schon das »alte« Kapital eine Hürde nicht hinnehmen, beim neuen Interesse an Mitteln kann das überhaupt keiner mehr.

In dieser neuen Form der Ausbeutung ist der klassische Kapitalismus bis fast zur Unkenntlichkeit »aufgehoben«. Die alten Klassen von Kapitalisten und Proletariern sind jedoch nicht einfach verschwunden, sondern eingetaucht in ein Abstufungsschema größeren oder minderen Erfolges im Ausbeutungsgeschäft. Permanenter und globaler Hunger in vielen Variationen halten diesen »Betrieb am laufen«. Aber darin wird auch deutlich, dass jede Absicht, dieses Leben auf eine nicht verderbliche Bahn zu bringen, nur durch das *praktizierte* Anerkennen des Primats, also der Allheit der Natur, gelingen kann. Würde die Einsicht in den Primat der Natur auf bloß theoretische, also unsinnliche Weise gewonnen, brächte sie keine Hilfe; als solche wäre sie nur wieder Ideologie. Damit kann antizipiert werden, dass eine auf die Revolutionierung der Gegenwart gerichtete Absicht nur bei denen entstehen kann, die den Instrumentalismus in sich selbst überwunden haben, ihn »leid« sind oder aus seinem Betrieb hinaus geworfen worden sind.

Selbst wenn all diese Überlegungen grundsätzlich richtig sind, dann ist damit noch lange nicht geklärt, was *konkret* zu *tun* ist, um eine Politik zu betreiben, die auf der Höhe dieser Zeit ist. Leichter ist es, aber auch nützlich, zuerst einmal klarzustellen, was eine politische Partei, die einen Weg in eine gangbare Zukunft suchen will, *nicht* tun darf.

#### *Was nun tun – und was nicht?*

Man kann »getrost« davon ausgehen, dass eine wahrhaft den Status quo »aufhebende« Politik derzeit nicht mehrheitsfähig ist. Wählermehrheiten lassen sich heutzutage nur für eine Politik finden, die eine Art von »Wachstum« offeriert, das dem hier skizzierten Midas-Syndrom entspricht. Dies hat besonders eklatant die letzte Bundestagswahl gezeigt: mehr als 70 Prozent für die »Große« Koalition! So lange die Mehrheitsverhältnisse im Volk so liegen und neo-liberal benutzbar sind, kann eine Linkspartei kaum mehr als Opposition mit marginalem Einfluss sein. *Jede* Regierungspolitik wird sich hüten, Grundlegendes zu ändern; sie wird allenfalls reformerische Maßnahmen ergreifen, um die »Schäden«, die der Globalkapitalismus anrichtet, »vom Volke abzuwenden«. Sie wird dem Volke aber damit nur den gewünschten *falschen* Lebensstil zu erhalten versuchen – und sich selbst die Macht.

Bezüglich der angeblich »Schaden abwendenden« Maßnahmen mag eine kurze Betrachtung des »Umweltschutzes« und der Suche nach »erneuerbaren Energien«<sup>19</sup> erhellend sein, und dies in mehr als einer Hinsicht.

Solange ein Leben *mit* der Natur nicht mehrheitlich *gewollt* wird, muss »Umweltschutz« anhand von Kontrolle und Durchsetzung hierzu aufgestellter Regeln erfolgen. Repressive Ethik und Gesetz-

19 Dies ist ein unscharfer Begriff. Die Gefährlichkeit seiner Benutzung ist nicht geringer als seine Verbreitung, weil er suggeriert, der Mensch könne Energie *machen*. Solche Art von Rede verdeckt, dass der Mensch Energieströme nur steuern und aus diesem Steuern Energie für sich nutzbar machen kann.

gebung müssen immer her, wenn das *falsch Gewollte*, aber ach so »Schöne« in Schranken verwiesen werden soll. Aber der dazu notwendige »Polizei«-Apparat wird bei einem sozial-strukturell notwendigerweise steigenden Wirtschaftsvolumen unweigerlich selbst zu einer Wachstumsindustrie werden, also immer mehr Geld kosten. Deswegen bedarf der anwachsende Kontrollapparat genau dessen, was er in Zaum halten soll: des allgemeinen Wirtschaftswachstums. Dieses ist aber ohne steigenden Energieumsatz nicht zu haben. Ist es nicht bezeichnend, dass ein entsprechender Wirtschaftszweig – von »Kyoto« sanktioniert! – längst ins Leben getreten ist: der Handel mit »Umweltzertifikaten«?

Die Suche nach mehr Energie wird zwar, wie schon jetzt zu sehen, »erneuerbare Energiequellen« erschließen, z. B. Wind- und Solarenergie, aber: Was wird das am Grundsätzlichen ändern? Soll das etwa ohne problematische Folgen für den Naturhaushalt vor sich gehen? Würden wir beispielsweise große Teile der Sahara mit Solarelementen voll stellen, könnten die eingefangenen Wärmeeinheiten gewiss unserem Energiehunger zugeführt werden, aber sie würden in exakt dem gleichen Maße der nächtlichen Rückstrahlung in die Atmosphäre entzogen werden. Außerdem: Würden geplante riesige Wind-»Parks« dem Auge etwa mehr darbieten als monumentale Zeichen für unsere Gefräßigkeit nach Energie?

Machen wir uns nichts vor! Unser Problem ist nicht, wie wir zu Energie kommen können – die Atomkraft würde da Wunder wirken –, sondern wo wir mit unserer Energiegefräßigkeit noch hinkommen werden.

Aber, wie gesagt, eine dieser Gefräßigkeit entsprechende Politik ist immer noch mehrheitsfähig, während eine auf lebenswerte Zukunft weisende es nicht ist. Damit bleibt einer Partei, die eine wahrhaft fortschrittliche Politik betreiben will, also eine, die über den Status quo und sein Grundübel, das falsche Wissen des Instrumentalismus, hinaus will, nur die Opposition; und selbst die wird noch von neuer Art sein müssen.

Wie stünde es z. B. mit einem neu gestalteten Versuch, die Opposition im Volke selbst, also außerhalb des Parlaments, zu stärken? Keiner sage, diese Opposition sei nicht schon jetzt beachtlich! Was sonst zeigt denn die wachsende Zahl der Nichtwähler an? Sehr viele Menschen, selbst viele derer, die noch wählen gehen, wissen längst, dass Wahlen nichts ändern. Das Interesse an Politik kann sehr wohl weiter sinken, wie die USA es – auch darin »fortschrittlich« – anzeigen. Diesen Umstand neben anderen politisch zu bedenken, mag nicht ohne Weiteres Mehrheiten einbringen, aber auch das wachsende Desinteresse an Politik kann zu einer neuen und wahrlich zeitgemäßen Opposition kultiviert werden. Hier liegt die eigentliche Aufgabe der Linkspartei.PDS. Dann kann sie auch in Parlamenten als Opposition umso kraftvoller sein.

Ein Ansatz zu neuer linker Politik könnte sein, nicht nur zu Nichtwählern, sondern auch zu vielen anderen, die an den Rand der herrschenden Gesellschaft gedrängt worden sind, wie Alte, Arbeitslose und Migranten, oder die sich als »Aussteiger« an deren Rand begeben haben, eine *neue* Art von Kontakt zu gewinnen und zu halten. Unter ihnen gibt es nicht wenige, die ein neues Leben zu *praktizie-*

ren versuchen. Wie schon angedeutet: Nur in einer neuen *Praxis* kann der herrschende, aber verdrehte Bezug Natur – Mensch – Gesellschaft materialiter so neu gestaltet werden, wie es jetzt an der Zeit ist. Dort wird sinnliche Erfahrung dann auch zu dem Wissen »gesteigert«, das sich dessen bewusst ist, dass eine gesicherte Zukunft nur gefunden werden kann, wenn wir das sichere Geländer der Natur in uns und um uns nicht aus der Hand lassen. So werden zeitgemäße Identitäten und wahres Selbstbewusstsein in Menschen aufgebaut, die das herrschende Midas-Syndrom überwinden, das »Wachstumsgerangel« nicht mehr brauchen und denen man nicht so leicht »etwas vormachen« kann. Auf sie kann sich zeitgemäße Opposition verlassen.

*Es ist an der Zeit für eine neuartige Opposition*

Auf dem Papier (und schon gar nicht in einem bloß theoretisierenden Aufsatz) kann zwar nicht im Einzelnen gesagt werden, was denn jetzt konkret zu tun sei, aber ein paar Überlegungen hierzu lassen sich schon unterbreiten.

Falls die Linkspartei.PDS ihre Politik viel stärker und *neuartiger* als bisher auf am Rand stehende Gruppen und Aktivitäten im Volk ausrichtet, wird Mitarbeit *in* der Partei auch zu Mitarbeit *an* der Partei. Jedes ihrer Mitglieder wird so erfahren, wie bedeutsam und persönlich bereichernd es ist, dort mitzuwirken, wo das vom Globalkapitalismus gestohlene Leben zurück gewonnen wird. Es geht deswegen darum, *teilnehmenden* Kontakt zu pflegen vor allem zu alternativen Versuchen neuer Lebensgestaltung im breitesten Sinne. Seien dies nun Kommunen, Betriebe mit neuen Arbeitsorganisationen und Zielsetzungen, alternative Schulen und Forschungsvorhaben, die vom »mainstream« der Erziehungs- und Wissenschaftsförderung nicht finanziert werden, Musik-, Kunst- und Theatergruppen, Migrantenvereinigungen, Gruppierungen radikalisierte Jugend und was es da noch mehr geben mag. Teil solcher Bemühungen müsste sein, Arbeitslose jeden Alters mit alternativ ausgerichteten Unternehmen in Kontakt zu bringen. Dadurch würde die Linkspartei.PDS helfen, unter all diesen Bestrebungen Vernetzungen herzustellen. Es ist ja an der Zeit, isolierende Vereinzelnung und gespensterhaft entleertes Verstehen und Wissen durch konkret gestaltetes Leben zu überwinden.

All diese Bemühungen müssten *unbedingt* begleitet sein von einem sichtbaren und hörbaren Einsatz der Linkspartei.PDS für ein allgemein zu zahlendes, bedingungsloses Grundeinkommen. Es ist nahezu unbegreiflich, dass über dessen Einrichtung selbst in dieser Partei noch diskutiert wird, wo selbst in Kreisen, die eher dem Status quo zuneigen, Stimmen dafür laut werden.<sup>20</sup> Damit sei nicht leichtfertig unterstellt, dass die Zahlung eines solchen Grundeinkommens per se unproblematisch ist. Aber man muss sich auch fragen, für welche *Art von Denken* ein solches Grundeinkommen problematisch erscheint. Doch wohl für ein überkommenes, das in Kategorien denkt, die das Jetzt nicht überwinden. Dem können sogar scharfsinnige Wirtschaftswissenschaftler verhaftet sein, die im traditionellen Sinne links orientiert sind.<sup>21</sup>

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist in mehr als einer Hinsicht von enormer Bedeutung. *Erstens* hätte ein öffentlich wahr-

20 Die CDU-geführte (!) Regierung in Thüringen erwägt immerhin die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, während es der Großunternehmer Götz Werner rund heraus befürwortet. In beiden Fällen wird dieses Einkommen als Kosten sparender angesehen als andere Hilfsmaßnahmen für finanziell Schwache. Siehe entsprechende Veröffentlichungen in: Freitag, Berlin, vom 11. Sept. 2006, S. 11 bzw. vom 3. Nov. 2006, S. 3.

21 Man denke hier z. B. an Ulrich Busch und seinen Beitrag: Schlaraffenland – eine linke Utopie? in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (Nov. 2005).

nehmbares Eintreten seitens der Linkspartei.PDS für ein solches Einkommen eine kaum überschätzbare öffentliche Wirkung vor allem bei denen, die dem Status quo ohnehin skeptisch gegenüber stehen oder marginalisiert sind. *Zweitens* würde diesen Menschen dann nicht nur durch politisches Reden und Zusprechen geholfen, sondern *konkret*. Sie wären *in der Tat* frei gesetzt zu sinnvoller und Sinn gebender Arbeit. Und damit würde, *drittens*, ein Grundpfeiler des überkommenen ökonomischen Denkens umgestürzt, nämlich die Annahme, dass der Einzelne zuerst einmal etwas leisten soll, bevor er in den Genuss des Ertrages von Leistung kommt. Es muss linker Politik daran gelegen sein – und das ist an der Zeit! – dieses überkommene Prinzip endlich umzudrehen und dadurch zu vermenschlichen. Da jeder Einzelne zu uns allen gehört, gebührt ihm von vornherein Zugang zu den Leistungen aller.<sup>22</sup> Anders als in frühen Gesellschaften konkretisiert sich Teilhabe am gemeinsamen Gut jetzt durch das Geld, eben durch das Grundeinkommen. Damit würde das global-kapitalistisch individualisierte Interesse am Materiell-Konkreten revolutioniert. So unterstützt, wird der Einzelne auch für alle leisten *wollen*. Arbeit, in Freiheit ausgeübt, ist ja Teil der Natur, die wir alle sind.

Schließlich und endlich sei, gerade auch im Kontext des Grundeinkommens, auf ein allgemeines Erfordernis hingewiesen: Genau so wenig wie Zukunft eröffnendes Wirtschaften im Denkraum tradierter ökonomischer Theorien betrieben werden kann, kann auch in allen anderen Lebensbereichen Zukunft nicht gewonnen werden durch Anwendung alter Ideologien, Philosophien oder Glaubenssätze. Sie sind ohnehin vom Instrumentalismus abgenutzt. Ein *neues* Verstehen, *neue* Theorien und ein *neues* Denken und Wissen müssen her. Dies alles wird aus der Konkretheit der Praxis entwickelt und, wenn nötig, immer wieder zu verändern – also zu flexibilisieren – sein. Dem uns anzuvertrauen, fällt uns schwer, weil wir die Flexibilität des Denkens nur im heutigen falschen Wissen zu üben gewohnt sind. Deswegen haben wir Angst, der *Natur* eines naturgegründeten Denkens zu folgen.

Hier spielt gewiss eine Rolle, dass wir uns zu lange – eigentlich seit Sokrates/Plato – daran gewöhnt haben, der Natur den Geist voranzustellen, anstatt ihn aus ihr geradlinig erwachsen zu lassen. Ist es aber wegen der heute so deutlich gewordenen Verführbarkeit des bloßen Verstandes und seiner Abstraktionen nicht an der Zeit, es der Natur und unserem naturgegründeten klugen Umgang mit ihr zuzutrauen, einen Weg in eine lebbare Zukunft zu finden? Kein Zweifel indes, der Umsturz der Gegenwart und das Bauen eines Weges in eine gangbare Zukunft verlangen Mut. Woher aber soll dieser vertrauensvolle Mut kommen, wenn nicht aus einer naturgegründeten Praxis? Dies jedoch nicht automatisch! Mut verlangt Vertrauen in die Tragfähigkeit aller Brücken in die Zukunft und lässt sich nur gewinnen aus der *Reflexion der Praxis im Zuge ihrer Entfaltung*. Deswegen müssen wir auf dem Weg in die Zukunft immer wieder in größter Nüchternheit Bilanz ziehen, und dies im engeren wirtschaftlichen wie im breiteren Sinne des Wortes; wir müssen prüfen, ob unser Leben der Natur der Dinge und der Menschen entspricht. Dann wäre das Leben, einschließlich des individuellen Einkommens, er-

22 Hier sei an den grundlegenden Unterschied erinnert, den Karl Marx zwischen der »asiatischen« und der »germanischen« Produktionsweise gemacht hat. Die Wortwahl mag unglücklich sein, aber wichtig ist die Bedeutung. In der »germanischen« Produktionsweise muss sich der Einzelne erst durch Leistung als Mitglied etablieren, in der »asiatischen« leistet das Individuum, weil es von vornherein Mitglied ist.

23 Wolfram Adolphi hat diese Frage jüngst als noch offen herausgestellt. Siehe seinen Artikel: Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort, in: UTOPIE kreativ, Heft 193 (Nov. 2006), dort insbesondere S. 994. Ich bin mir mit ihm darin einig, dass über diese Frage nur die Entwicklung entscheiden kann.

fahrbar als eines, das nur in Verbundenheit von jedem mit jedem und mit allen und allem auf Dauer gestellt werden kann. Darin liegt für linke Politik ein weiterer Grund für das Kontakthalten zu, und Mitarbeiten in, alternativ-oppositionellen Gruppierungen. Die Linkspartei.PDS muss schon jetzt ein »clearing house« von Ideen sein, wie sie aus alternativer Praxis erwachsen.

Eine all dem gerechtfertigte Politik würde m. E. neben einer Umorientierung auch eine Re-Organisation der Partei erforderlich machen. Falls das zutrifft, würde es die Linkspartei.PDS wahrscheinlich noch weiter von der Form einer Kaderpartei wegführen.<sup>23</sup> Aber auch dann wird sie in den Parlamenten weiterhin Opposition bleiben müssen, indes *mit neuer Substanz*. Sie würde eine echte Avantgarde sein und trotzdem verhindern, dass Theorie und Abstraktion des Denkens sich wieder vordrängen und dem Leben vorangehen. Damit würde nur wieder alles verkehrt herum aufgepäuselt. Dazu aber haben wir keine Zeit mehr.

PETER ULLRICH

# Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden.

## Ein Bilanzierungsversuch

Bei seinen Verhören durch die Stasi wird der Kommunist Hans Schrecker als »Drecksjude« bezeichnet (Otto 1993, S. 114). Die DDR verweigert jüdischen NS-Opfern die Restitution ihres Eigentums mit der Begründung, man wolle nicht »zionistische Großbesitzer« entschädigen (Timm 1993, S. 69). Anfang der 50er Jahre verlässt ein Großteil der Mitglieder jüdischer Gemeinden die DDR, mehrere Gemeindevorsitzende fliehen aus Angst vor Verfolgung (ebenda). Israel wird in den 60er Jahren von Walter Ulbricht als »gegen die Rechte des arabischen Volkes gerichtete (...) Speerspitze« des Imperialismus bezeichnet. (Keßler 1995, S. 150). Im Oktober 1988 erhält der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman von Erich Honecker den »Großen Stern der Völkerfreundschaft« in Gold (Meining 2002, S. 466 f.). Im gleichen Jahr erkennt die DDR den virtuellen Staat Palästina an, den die PLO in Algier gegründet hat und empfängt Arafat dreimal mit allen Ehren. 1990 stehen die DDR und Israel, nach über 40 Jahren fast ohne offizielle Kontakte, kurz vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, 1990 bittet die letzte DDR-Volkskammer die Jüdinnen und Juden in aller Welt um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik (Keßler 1995, S. 147).

So vielfältig und widersprüchlich zeichnet sich das Verhältnis der DDR zu Jüdinnen und Juden, zum Zionismus und zu Israel. Mittlerweile ist auch dies ein recht gut ausgeleuchtetes Terrain.<sup>1</sup> Das Verhältnis zu den Palästinenserinnen und Palästinensern und der PLO hingegen macht den deutlich kleineren Teil der Literatur aus.<sup>2</sup>

### *Die KPD – antisemitisch und antizionistisch vorbelastet?*

Voraussetzung der Positionen zu Juden, Antisemitismus, Zionismus müssen zunächst in der leninistisch-stalinistischen Vorgeschichte, also den Positionen der KPD gesucht werden<sup>3</sup>, denn aus deren Führungsriege rekrutierte sich schließlich die spätere DDR-Spitze. Die traditionelle marxistischen Positionierung, also eine gewisse Blindheit für das Problem des Antisemitismus der lediglich als mittelalterliches Relikt betrachtet wird und eine klar assimilationistische und somit antizionistische Vorstellung von der Lösung der »Judenfrage«, finden sich auch hier, jedoch mit einigen der spezifisch deutschen Situation geschuldeten Färbungen. Die KPD verurteilte den Antisemitismus häufig in ihren Schriften *und* vertrat eine antizionistische Position, was für sie beispielsweise die Ausschreitungen in Palästina im Jahre 1929 als antiimperialistischen nationalen Befreiungskampf erscheinen ließ.<sup>4</sup> Die Forschung zeigt jedoch auch, dass die KPD in puncto Antisemitismus mehr

Peter Ullrich – Jg. 1976, Soziologe, Kulturwissenschaftler, Promotion zum Thema »Der Nahostkonflikt und die Linke in Großbritannien und der Bundesrepublik«, Arbeitsgebiete: Rezeption des Nahostkonflikts, soziale Bewegungen, Globalisierungskritik, Diskursanalyse, Überwachung. jüngste Veröffentlichung: Europa. Transnationale Normierung und nationales Beharren, Berlin: Dietz (zus. mit T. Kachel). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Wissenschaftlich Arbeiten mit freier Software, Heft 193 (November 2006) Kontakt: ullrich(-)uni-leipzig.de

1 Es gibt neben unzähligen Aufsätzen mehrere umfangreiche Untersuchungen. Timm (1997) widmet sich vorrangig dem Verhältnis der DDR zum Staat Israel, Mertens (1997) und Offenberg (1998) untersu-



chen die jüdischen Gemeinden und ihre Behandlung durch Partei und Staat; für den Zeitraum bis 1967 tut dies auch Keßler (1995). Hartewig (2000) zeichnet die Biographien jüdischer Kommunisten in der DDR nach. Wolffsohn (1995) und Meining (2002) untersuchen das Verhältnis der DDR zu Jüdinnen und Juden, zu Israel und zu den PalästinenserInnen im Ganzen. Haury (2002) widmet sich dem Zusammenhang von Antisemitismus, Antizionismus und Nationalismus in der DDR-Ideologie. Ausgewählte Aspekte behandeln die Sammelbände Bergmann/Erb/Lichtblau (1995) und Keßler (1993 a).

2 Die genannten Werke behandeln diese Beziehung vorrangig als einen Faktor und Kontext der Beziehungen DDR-Israel. Eigenständige Untersuchungen zum Thema gibt es nicht, einen Überblick versucht Polkehn (1999).

3 Ausführlich untersuchten das Thema Keßler (1994 a, S. 40-65), Haury (2002, Kap. 5) und Kistenmacher (2005, o. J.).

4 Anders die internationale, besonders die westliche Sozialdemokratie, die in den Auseinandersetzungen wiederum ausschließlich die »Effendis«, also das absterbende Feudalsystem, am Werk sah und demzufolge eher die jüdische Seite unterstützte.

5 Siehe dazu vor allem Kistenmacher (2005, o. J.)

6 Auch muss die Authentizität der viel zitierten Quelle hinterfragt werden – es war der sozialdemokratische Vorwärts, der sich bietende Möglichkeiten zur

als nur unsensibel war. Auch sie hoffte, wie schon Generationen von Marxisten vor ihr, auf das revolutionäre Potenzial des antisemitischen und extrem nationalistischen Mobs und kam diesem auch gelegentlich mit Karikaturen von hakennasigen jüdischen Kapitalisten entgegen. Den Hintergrund dafür bildet ihre Vorstellung vom Charakter des Faschismus, derzufolge hinter diesem das Kapital stand. Dies ließ die KPD jedoch auch annehmen, dass der Antisemitismus der Nazis nur vorgeschoben sei und nichtjüdische wie jüdische Kapitalisten ein Interesse an seiner Durchsetzung hätten.<sup>5</sup>

Besonders in die Kritik gerieten die beiden nationalbolschewistischen Phasen während der Ruhrbesetzung 1923 (»Schlageterkurs«) und ab 1930. Die Kommunistinnen und Kommunisten versuchten damals offensiv Rechte für sich zu gewinnen. Berühmt-berüchtigt wurde die Rede der Vorsitzenden Ruth Fischer vor nationalistischen Studierenden in der sie fragt: »Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner...?«<sup>6</sup>.

An dieser Stelle tritt nur zu deutlich die fatale Ignoranz der *KPD* gegenüber dem Antisemitismus zutage. Trotzdem ist Vorsicht geboten, wenn, wie Kistenmacher (2005, o. J.) dies versucht, die *KPD* zu einem Haufen von Antisemiten gestempelt werden soll. Kistenmacher (2005) argumentiert dabei sehr schwach. Nicht nur macht er der *KPD* posthum Argumentationsvorschläge. So hätte sie beispielsweise die Zivilisations- und Fortschrittsmission des Zionismus loben können – ein Vorschlag, mit dem die *KPD* die Einseitigkeiten der Sozialdemokratie unter anderen Vorzeichen wiederholt hätte. Obwohl die angeführten kommunistischen Antisemitismen, die Ignoranz gegenüber den Jüdinnen und Juden und der nationalbolschewistische Kurs schon für sich sprechen, erweckt Kistenmachers Darstellung einen übereindeutigen Eindruck, der durch die Belege aber nicht gedeckt ist. Alles was gegen seine Position der durch und durch antisemitisch-antizionistischen *KPD* spricht, verniedlicht Kistenmacher, wenn er es auch in der Regel nicht verschweigt. Dazu gehört neben der parteiinternen Kritik an antisemitischen Auswüchsen die Tatsache, dass der inkriminierte Antizionismus in der *KPD* quantitativ nur eine marginale Rolle gespielt hat und auch, dass sein Hauptmotor nicht antijüdische Vorurteile gewesen sein müssen, sondern eben die universalistische kommunistische Hoffnung auf die Lösung aller Probleme durch die Revolution, die schon immer die marxistische Feindschaft gegenüber dem Zionismus fundierte. Besonders Keßler (1994 a, S. 59 ff.) weist auf die sich jeweils regende innerparteiliche Kritik an diesen Auswüchsen hin und auch darauf, dass die Parteipresse immer wieder gegen Antisemitismus polemisierte. Doch der Zionismus wurde ganz traditionell bekämpft (was seine Gegner heiligte), zur Lösung des Antisemitismus auf Assimilation gesetzt.

Erst Ende der 30er Jahre wird der *KPD* das ganze Ausmaß des Terrors der Nazis gegen die Juden deutlich. Erst hier erkannten sie, dass der Antisemitismus nicht nur vorgeschoben, sondern tatsächlich wesentlicher Bestandteil der NS-Ideologie und -Praxis war. Doch da war die Ar-

beiterinnen- und Arbeiterbewegung längst zerschlagen, ein Teil ihrer Basis zu den Nazis übergelaufen und die NSDAP saß fest im Sattel.

Das chiliastische Vertrauen in die orthodoxe Theorie der kommenden Revolution und die Mission des Proletariats hatten bis zuletzt verhindert, dass sich KPD und SPD verbündeten. Die KPD machte sogar Zugeständnisse an den faschistischen Mob – in der festen Überzeugung, die Nazis würden sehr schnell von der in nächster Zukunft erwarteten Revolution hinweggefegt. Es war jedoch vor allem die traditionelle Blindheit des mittlerweile um den Leninismus und Stalinismus »angereicherten« Marxismus und nicht eine tiefe Judenfeindschaft, die diese Positionen in der KPD bedingten. Festzuhalten bleibt, dass sich in der KPD der Weimarer Republik schon ideologische Grundstrukturen finden lassen, die auch in der Politik der DDR wiederkehrten, wenngleich in dieser zusätzlich noch die Folgen des nationalsozialistischen Judenmordes eine wichtige Rolle spielten.

### *DDR-Antisemitismus?*

Es stehen sich in der Diskussion um das Verhältnis der DDR zu den Jüdinnen und Juden sowie zum Staat Israel letztlich zwei grundlegende Positionen gegenüber, welche streiten, ob es einen genuinen Antisemitismus der SED-Diktatur gab, der ein entscheidendes Moment der DDR und der sie legitimierenden Ideologie darstelle oder eben nicht. Der ersten Ansicht sind beispielsweise – wenn auch mit divergierenden Begründungen – Thomas Haury, Michael Wolffsohn, Lothar Mertens, Ulrike Offenberg und eingeschränkt Peter Maser, im Übrigen vorrangig Autoren aus dem Westen Deutschlands (nur Peter Maser ist ausgewanderte Ex-DDR-Bürger). Die Gegenposition geht von antisemitischen oder antisemitisch gefärbten *Auswüchsen* in der Geschichte der DDR aus, ohne diese zu einem bestimmenden oder grundlegenden Moment zu erklären und wird vor allem von ostdeutschen Autorinnen und Autoren vertreten, die noch in der DDR sozialisiert wurden (Mario Keßler, Wilfriede Otto). Der Zusammenhang zwischen Herkunft und der Einschätzung dieser Fragen ist bemerkenswert. Letztlich geht es in der Debatte darum, ob und wie die DDR ihrem eigenen Anspruch (oder auch: Gründungs-)»Mythos«, so beispielsweise Wolffsohn 1995, S. 384, Hartewig 2000, S. 614), nämlich das »bessere Deutschland« zu repräsentieren, wirklich entsprach. Zwischen allen Autoren, die sich intensiver mit dieser Frage befassten, besteht nämlich durchaus Einigkeit darin, dass dem nicht ohne Weiteres so ist, ja, dass es sich insbesondere beim Verhältnis der DDR zu den Jüdinnen und Juden und zum Staat Israel um eines der dunklen Kapitel der DDR-Geschichte handele.

Dabei hatten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gerade viele der zurückkehrenden Jüdinnen und Juden die SBZ/DDR zu ihrer Heimat gewählt, weil sie im sozialistischen Teil Deutschlands die klarere Abkehr von NS-System erwarteten.<sup>7</sup> Als problematisch für diese Menschen erwies sich jedoch nicht nur der in der Bevölkerung noch weit verbreitete Antisemitismus<sup>8</sup>, der in der SBZ/DDR in der Regel konsequent verfolgt wurde, sondern auch bald die sich selbst als eindeutig antifaschistisch verstehende SED. Herzog (1999) listet fünf schwerwiegende Vorwürfe auf, die typischerweise aufgeführt werden, wenn es um das Versagen des SED-Antifaschismus vor den Jüdinnen und Juden ging; zu diesen nun im Einzelnen.<sup>9</sup>

Diffamierung der KPD sicher nicht ausließ.

7 »In den Zeiten des Kalten Krieges schien vielen jüdischen Kommunisten aus Deutschland die DDR der einzige Ort, an dem sie glaubten, leben zu können. Insbesondere Künstler, Schriftsteller und einige Intellektuelle kamen.« (Hartewig 2000, S. 616)

8 Beispiele bei Groehler (1993), Otto (1993, S. 114), Timm (1997, S. 99 ff.).

9 An dieser Stelle wird nur die Typologie von Herzog übernommen, die jeweiligen inhaltlichen Füllungen basieren aber auf den verschiedenen angegebenen ausführlicheren Untersuchungen.

### 1) *Verweigerte Restitution*

Die SED-Führung weigerte sich entgegen den Bemühungen einzelner Funktionäre und einer kurzfristig in Thüringen praktizierten Sonderregelung (Timm 1997, S. 60) ab Ende der vierziger Jahre strikt, eine Restitution jüdischen »arisierten« Eigentums vorzunehmen. Dies muss einerseits im Zuge der allgemein angestrebten Verstaatlichungskampagnen von Eigentum in der DDR verstanden werden, traf andererseits aber die Jüdinnen und Juden gesondert, und das auch, weil schon wieder stereotype Begründungen mit klarer Nähe zum Antisemitismus Verwendung fanden. Die Ablehnung von Restitution mit der Begründung, dass die »zionistischen Großbesitzer« (vgl. Timm 1993, S. 69) ohnehin enteignet worden wären, ist in mehrfacher Hinsicht fatal. Nicht nur, dass Jüdinnen/Juden und Zionistinnen/Zionisten in eins gesetzt werden, nein, auch das antisemitische Motiv des immer reichen, kapitalistischen Juden wird wieder bedient. Einen der Hintergründe für diese historische Fehlleistung bildet das Verständnis der kommunistischen Bewegung von Antisemitismus und Nationalsozialismus, wie es oben erläutert wurde.

### 2) *»Rassisch Verfolgte« als »Opfer zweiter Klasse«*

Gleichzeitig zeichnete die DDR ein sehr spezifisches Bild des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, in dem fast ausschließlich kommunistische Antifaschistinnen und Antifaschisten eine Rolle spielten. Dabei wurde auch deren Rolle als Verfolgte des NS gegenüber der anderer Verfolgter aufgewertet. Kommunistische Antifaschistinnen und Antifaschisten bekamen den Status »Kämpfer gegen den Faschismus« zugewiesen, während so genannte rassisch Verfolgte den zweitklassigen Status von bloßen »Opfern des Faschismus« und »Opfern der Nürnberger Gesetzgebung« erhielten. Ganz eindeutig kamen alle anerkannten Opfergruppen in den Genuss von Vergünstigungen, die sie angesichts ihres Leidensweges gegenüber der Normalbevölkerung besser stellten, doch der Opferstatus der »rassisch Verfolgten« musste von diesen zunächst erkämpft werden und beinhaltete beispielsweise nicht die Ehrenpension der »Kämpfer« (Keßler 1995, S. 37 ff., Timm 1997, Kap. 2). Zudem wurde mit der Auflösung der VVN im Januar 1953 auch die Organisation, die noch am ehesten die Interessen vieler jüdischer NS-Opfer wahrnahm, beseitigt (Timm 1997, S. 123.)

### 3) *(Nicht-)Aufarbeitung des NS und der Shoah*

Einen der Hintergründe dieser Ungleichbehandlung mag das Verständnis der SED von der Shoah bilden. Der nationalsozialistische Judenmord wurde in der DDR nie seinem Stellenwert entsprechend gewürdigt.<sup>10</sup> Er wurde natürlich nicht geleugnet oder verschwiegen, aber war nach der herrschenden Auffassung nicht zentral für das Verständnis des NS, dessen *imperialistischer* Charakter durch die Dimitroffsche Faschismusdefinition vorrangig betont wurde. Expansive Kapitalinteressen wurden also sehr hoch bewertet, ideologische Momente wie der (Vernichtungs-)Antisemitismus jedoch bestenfalls als Beiwerk oder Verschleierungstaktik gesehen. Das im Zuge der Blockkonfrontation sehr schlechte Verhältnis zum Staat Israel wird diese gewisse Ignoranz gegenüber dem Leiden der Jüdinnen und Juden zusätzlich verstärkt haben.

10 Ausführlich schildern Groehler (1993) und Mertens (1995) die NS-Aufarbeitung in der DDR.

Die DDR glaubte sich zudem auf der Siegerseite der Geschichte, wurden doch in der DDR nach eigener Auffassung mit der Abschaffung des Kapitalismus auch die Ursachen des Faschismus beseitigt. Zudem wurde in der DDR von Beginn an ein übereindeutiges Bild der NS-Nachfolgestaaten gemalt, in dem Westdeutschland als faschistisch und der Osten als antifaschistisch galt (Schwanitz 1993, S. 144, vgl. Lepsius 1988, Hartwig 2000, S. 614). Dass auch die Mehrheit der Ostdeutschen noch wenige Jahre zuvor begeisterte NS-Anhänger gewesen sein müssen, wurde hingegen recht bald verschwiegen. Während in der direkten Nachkriegszeit noch verschiedene kommunistische Politiker die große Schuld der (meisten) Deutschen anerkannten<sup>11</sup>, änderte sich dies im Zuge der Stabilisierungsbemühungen der SMAD/SED-Diktatur. Schon Ende der vierziger Jahre wurde der klare antifaschistische Kurs zugunsten eines national-patriotischen aufgeweicht (Keßler 1995, S. 148). In diesem Kontext ist die ab da mögliche Aufnahme von so genannten »nominellen PGs« in die SED und die Gründung der NDPD u. a. als Auffangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder zu sehen (Groehler 1993, S. 83 f.).<sup>12</sup> Die Versuche, auf nationaler Basis Zustimmung zum sozialistischen System zu erzeugen, bedeuteten also auch die notwendige Leugnung der Verstrickung der breiten deutschen Bevölkerungsschichten in den NS. Dies erfolgte, indem die Bevölkerung als verführt und der Nationalsozialismus als Werk einiger weniger Vertreter der Großbourgeoisie dargestellt wurden (vgl. auch Schatzker 1994).

#### 4) Die Jahre 1952/53

Das wohl dunkelste Kapitel der Benachteiligung von Jüdinnen und Juden in der DDR, die sich zu offenem Antisemitismus auswuchs, bilden die Säuberungswellen der frühen 50er Jahre, besonders der Jahre 1952/53.

Den Hintergrund bildet eine neue Terrorwelle im gesamten stalinisierten Ostblock, die erst mit dem Tod Stalins 1953 ihr Ende fand. Antizionismus und Antisemitismus wurden am Beginn der 50er Jahre zu »prägnanten Komponenten Stalinscher Politik« (Timm 1997, S. 111) und sollten helfen, die Unzufriedenheit der Bevölkerungen der Volkdemokratien auf jüdische Kommunistinnen und Kommunisten zu lenken. In den osteuropäischen Ländern fanden dementsprechend Schauprozesse gegen kommunistische Funktionäre statt. Besonders der Prozess gegen Rudolf Slánský? in der ČSSR (1952), in welchem 11 der 14 Angeklagten Juden waren, verbarg seine antisemitische Stoßrichtung nicht. Zionismus wurde in diesem Prozess neben Kosmopolitismus, Trotzismus und Titoismus zu einem der wichtigsten Anklagepunkte, er galt als »Agentur des amerikanischen Imperialismus« (vgl. Timm 1997, S. 114).

Das ideologische Klima dieser Zeit ist heute nur schwer vorstellbar. Die volksdemokratischen Führungen schürten, was Haury (2002, S. 403) »Agentenhysterie« nannte. Jede Abweichung von der Parteilinie, jeder von Moskau unabhängige Weg (Jugoslawien) wurde als konterrevolutionär in übelster Weise diffamiert. In der DDR wurden alle Parteimitglieder in mehreren Wellen von Parteikontrollkommissionen überprüft, wobei jüdische Herkunft zunächst gesondert vermerkt wurde, was später vielen von ihnen zum Verhängnis wurde. Insbeson-

11 So konstatiert beispielsweise Walter Ulbricht 1945 das Versagen der »deutschen Arbeiterklasse« und des »schaffenden Volkes« (in Keßler 1995, S. 34).

12 Nach Meinung (2002) saßen in der damaligen Volkskammer 50 ehemalige PGs und 12 in der Regierung.

dere diejenigen, die während des NS in der Westemigration waren, also während der Terrorwellen in den 30er Jahren nicht im Einflussbereich Stalins, galten als verdächtig und sollten weitgehend ihres Einflusses beraubt werden. Sie waren mehrheitlich Juden (Hartewig 2000, S. 2).

Paul Merker, der schon 1950 kaltgestellte prominente (nichtjüdische) Westremigrant und bis dahin hohe Parteifunktionär, sollte die Hauptfigur eines für die DDR geplanten Schauprozesses werden.<sup>13</sup> Vorgeworfen wurde ihm unter anderem, dass er mit der Forderung nach »Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens« »die Verschiebung von deutschem Volksvermögen« betreibe (Keßler 1995a, S. 37). Ihm wurde also gerade auch sein seit der Exilzeit in Mexiko bestehender unermüdlicher Einsatz für die Wiedergutmachung an den Jüdinnen und Juden zum Verhängnis. In der vom ZK der SED 1952 veröffentlichten Broschüre zu den »Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský?« wird ein eindeutig antisemitisches Bedeutungsgeflecht aufgebaut. Neben Tiraden über die »Agententätigkeit« und die »Hetze« des Zionismus findet sich mehrfach Kritik an »jüdischen Kapitalisten«. Im Rahmen der Kampagne, in welcher die Bedeutungsdifferenzen der Konzepte »jüdisch« und »zionistisch« verschwimmen und beide zutiefst negativ konnotiert werden, verlieren viele hohe jüdische Funktionäre ihre Posten, werden die Wohnungen von Jüdinnen und Juden durchsucht, und die Betroffenen langen Verhören unterzogen. Es kommt zu Verhaftungen und einer Fluchtwelle, um sich diesen zu entziehen; mehrere hundert Jüdinnen und Juden verlassen in dieser Zeit die DDR (Offenberg 1998, S. 84-90). Erschütternd lesen sich die Berichte über die Denunziationen, Selbstbezeichnungen, Kotau und fingierten Verstrickungen der Funktionäre mit »dem Imperialismus«. Erst Stalins Tod beendet diese stark antisemitische Terrorphase, doch ihre Bewertung spaltet noch heute die Gemüter.<sup>14</sup>

13 Ausführlich widmen sich dem Fall Merker Kießling (1993), Keßler (1995, S. 85-98) und Meining (2002, Kap. 2).

14 Die KPD der frühen Bundesrepublik, die sich in allen grundlegenden Fragen an der SED orientierte bzw. von dieser Weisungen bekam (Staritz 1995, S. 213), ist ein interessanter Sonderfall, da sie die antisemitisch-antizionistischen Kampagnen nicht in der Weise mittrug, wie diese in der DDR vorstatten gingen. Auch der Feldzug gegen den »Kosmopolitismus« findet sich in ihren Publikationen so nicht (Staritz 1995).

##### 5) *Antiisraelismus*

Auch die Politik der SED Israel gegenüber sieht sich dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt. Dabei folgte die SED 1947/1948, wie zumeist auch später, ganz der Moskauer Linie und äußerte sich positiv über die Gründung Israels, das, mal ganz abgesehen von den noch frischen Bildern der Gaskammern als moralische Rechtfertigung, kurzzeitig nicht so sehr wie die es umgebenden arabischen Staaten als rückständig angesehen wurde. Das Verhältnis der Ostblockstaaten zu Israel kühlte jedoch schnell ab, als sich Israel immer eindeutiger dem Westen zuwendete und die Hoffnung auf seine Integration in das sozialistische Lager aufgegeben werden musste.

Gerade für die Zeit nach 1953 wird das Verhältnis der DDR zu Israel als hoch problematisch angesehen. Die DDR weigerte sich bis in die 80er Jahre hinein, ernsthaft mit Israel zu verhandeln oder mit anderen jüdischen Organisationen mehr als nur geringfügige Restitution für jüdische NS-Opfer zu gewähren. Gleichzeitig frönte die DDR einem militanten Antizionismus, der seinen Höhepunkt während des Sechs-Tage-Krieges 1967 und während der israelischen Invasion im Libanon im Jahre 1982 erreichte. Anders als in Polen, wo die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung aus dem Land gedrängt wurde, führte diese Israelfeindschaft jedoch nicht zu einer erneuten Diskriminierung der in der DDR lebenden Jüdinnen und Juden.

Schwanitz (1993) macht eine Entwicklung des SED-offiziellen Bildes auf den Staat Israel aus, die von einem differenzierten linken Bild zu Beginn (bis 1954), über ein »linksextremes« (bis 1961) schließlich zu einem kompletten Trugbild führt. Das differenzierte Bild beispielsweise enthielt noch die Erkenntnis, dass Israel auch eine Folge der Shoah darstellte, was jedoch – abgesehen von den späten vierziger Jahren in der DDR meist komplett ausgeblendet wurde (Timm 1997a).

Die meiste Zeit bestimmte der Ost-West-Konflikt das Bild, sowie die Deutschlandpolitik, also der Versuch der DDR, durch Anbiederung an die arabischen Staaten (Schwanitz 1993, Polkehn 1999) die Hallstein-Doktrin aufzubrechen. Israel wurde dabei zur Speerspitze des Imperialismus und war beliebtes Objekt der Hetze ostdeutscher Medien (Timm 1993, S. 72). Meining (2002, S. 305) bezeichnet die DDR als das israelfeindlichste Land im Ostblock. Dies erweist sich beispielsweise in der tendenziösen Berichterstattung. So wurde das Massaker von Sabra und Shatila, das mit Duldung Israels von christlichen Milizen in einem palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon verübt wurde, im *Neuen Deutschland* direkt der israelischen Armee unterstellt (Timm 1993). Mit einer an antisemitische Stereotype erinnernden Sprache wurde im ND während des Sechs-Tage-Krieges berichtet, die israelischen Machthaber seien von der »Tollwut der Aggressivität« gepackt (Meining 2002, S. 305). Auch ehemalige Parteigenossen wirkten interessanterweise an dieser Art der Berichterstattung als wichtige Pressefunktionäre mit (ebenda).

Die überbordende Militanz, mit der gerade Israel als besonders feindliches Land betrachtet wurde, ging erst in den 80er Jahren zu Ende, als die DDR bestrebt war, ihre internationalen (Handels-)Beziehungen zu verbessern.

#### 6) Die DDR und die jüdischen Gemeinden

Nicht Gegenstand von Herzogs (1999) Aufzählung neuralgischer Punkte des Verhältnisses der DDR zu den Jüdinnen und Juden, aber durchaus der kritischen Forschung ist die Lage der jüdischen Gemeinden. Anders als in Polen waren die jüdischen Bürger der DDR nach der Terrorwelle 1952/53 keinen Repressionen ausgesetzt, die über das Maß hinaus gingen, das alle DDR-Bürger betraf. Trotzdem gilt auch das Verhältnis der DDR zu ihren jüdischen Bürgern als nicht unproblematisch. Die Kritik bezieht sich auf das vor allem instrumentelle Verhältnis des Staates zu ihnen und den jüdischen Gemeinden. Sie hatten, wie insbesondere Mertens (1997) herausarbeitet, als Feigenblatt für die antizionistische Politik der SED herzuhalten, beispielsweise durch demonstrativ israelfeindliche Erklärungen jüdischer DDR-Bürger.<sup>15</sup> Allerdings entstand denen, die sich dieser Strategie entzogen, keinerlei Nachteil, worauf Keßler (1995, S. 151) hinweist. Offenberg (1998) kritisiert, dass die DDR Jüdinnen und Juden nur als religiöse Gruppe anerkannte, nicht jedoch als nationale oder kulturell eigenständige Minderheit und, dass die jüdischen Gemeinden sich dem nicht widersetzen, sondern den offiziellen Kurs meist widerspruchslos mittrugen. Das dahinter stehende Konzept bezeichnet Hartewig (2000, S. 11) als »rote Assimilation«. Auf der Habenseite kann die DDR verbuchen, dass die jüdischen Gemeinden nicht unerheblich finanziell unterstützt wurden (Timm 1993).

15 Hier wird wieder deutlich, dass die stets geforderte klare Unterscheidung zwischen Jüdinnen und Juden auf der einen Seite, sowie Israel und dem Zionismus auf der anderen, trotzdem nicht durchgehalten wurde, dass sich eben Jüdinnen und Juden zu Israel äußern sollten.

16 Ausführlich in Timm (1997, Kap. 11), Mertens (1997, bes. Kap. VI, VII, VIII, X und XI), Meining (2002, S. 351-367).

Das komplizierte Verhältnis der DDR zu Jüdinnen und Juden sowie zum Staat Israel änderte sich noch einmal ab Mitte der 80er Jahre.<sup>16</sup> Die Kontakte zu Israel sollen nach Vorstellungen der SED-Führung normalisiert werden. Es kommt zu einem Drei-Stufen-Plan zur Herstellung diplomatischer Beziehungen, vorsichtig wird die Möglichkeit der wirtschaftlichen Kooperation ausgelotet. Die DDR-Führung prüft – dies war der bisherige Hinderungsgrund für Israel, die Beziehungen zur DDR zu normalisieren – die Möglichkeit von Wiedergutmachungszahlungen. Auch auf der symbolischen Ebene kommt es zu Bewegungen. So wird endlich die lange abgelehnte Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Angriff genommen. Und auch nach innen wird Jüdisches aufgewertet. Die DDR bemüht sich um die Errichtung eines »Centrum Judaicum« und gestaltet 1988 ein pompöses Gedenken an die Opfer der »Reichspogromnacht«, zu dem auch viele israelische und andere jüdische Würdenträger aus aller Welt eingeladen werden.

Den Hintergrund dieser Wandlungen bilden zum Teil Entwicklungen, die für den ganzen Ostblock gelten, der seit Beginn der Perestrojka seine Beziehungen zu Israel überdachte (Timm 1997, S. 293 ff.). Wichtigster Grund ist aber die wirtschaftliche Situation der DDR (vgl. v. a. Meining 2002, S. 468-503). Diese strebte die Meistbegünstigungsklausel für den US-Handel an, scheiterte aber, da die USA dies seit jeher an Wiedergutmachungen für die Opfer der Shoah knüpften, was die DDR bis zuletzt nicht leistete. Ein weiteres Movens mag in dem Wunsch Erich Honeckers gelegen haben, einmal im Weißen Haus in New York empfangen zu werden. Die DDR-Führung glaubte, beide Ziele durch Verbesserung ihrer Beziehungen zu jüdischen Organisationen zu erreichen. Dies zeigt, wie sehr pragmatische Erwägungen durchaus die Potenz besaßen, ideologische Positionen zu modifizieren.<sup>17</sup> Entscheidenden Durchbrüchen kam jedoch die politische Wende und damit das Ende der DDR zuvor. Erst unter den Regierungen Hans Modrow und Lothar de Maiziere erkannte die DDR ihre Mitverantwortung für jüdisches Leid als Nachfolgesellschaft des NS an, erklärte sich zu tatsächlicher Wiedergutmachung bereit und distanzierte sich in einem Volkskammerbeschluss von dem jahrelang praktizierten Antizionismus (Timm 1997, S. 333-359).

17 Bzw. nach Meining (2002) und Wolffsohn (1995) die in der SED-Führung herrschenden antisemitischen Vorstellungen von der »Macht der Juden«.

### *Die DDR und Palästina*

Wie schon erwähnt, spielt in der Forschung die Beziehung der DDR und der SED zu den Palästinenserinnen und Palästinensern und ihren Organisationen nur eine untergeordnete Rolle, bzw. interessiert nur als wichtiger Kontext der Beziehungen der DDR zu Israel<sup>18</sup> (Polkehn 1999, S. 32), eigenständige Untersuchungen fehlen.

18 So z. B. in Timm (1997), Wolffsohn (1995), Meining (2002).

Polkehn (1999) weist in seinem Versuch eines Überblicks, in den neben den erwähnten auf Israel bezogenen Studien auch eigene Erfahrungen und ein begrenztes Quellenstudium eingingen, drei grundlegende Prämissen der DDR-Außenpolitik in dieser Hinsicht aus. Erstens, folgte die DDR fast immer der Moskauer Linie. Zweitens war ihre Außenpolitik stets Mittel der Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat, was bis in die 70er Jahre hinein vor allem der Kampf gegen die Hallstein-Doktrin war. Und drittens verstand sie sich als antifaschistisch und internationalistisch, was Polkehn auch ernst nimmt und nicht wie andere als Gründungsmythos abtut.

Die DDR sah die Palästinafrage lange Zeit nur als Flüchtlingsproblem, ihre Nahostpolitik war vor allem auf die eigene Anerkennung ausgerichtet. Die DDR-Medien verhielten sich, so Polkehn (ebenda, S. 33), auch in der Zeit der größten Hetze gegen Israel weniger pro-palästinensisch als eben vielmehr aggressiv anti-israelisch. Doch es kommt noch in den 60er Jahren zu ersten vorsichtigen Kontakten zur PLO. Richtige Beziehungen bilden sich in der Zeit zwischen 1970 und 1973 heraus, die PLO akkreditiert 1970 einen Vertreter in Ostberlin und Arafat besucht 1971 zum ersten Mal die DDR.

Im Verhältnis zu den Palästinenserinnen und Palästinensern förderte die DDR immer die »realistischen Standpunkte«; sie versucht sogar mäßigend gegen allzu nationalistische, terroristische und antiisraelische Standpunkte vorzugehen. »Nationalistische Konzeptionen der palästinensischen Widerstandsorganisationen, die eine Liquidierung des Staates Israel beinhalten, werden nicht unterstützt«, so der Maßnahmenplan des Politbüros (Timm 1997, S. 277), die Anschläge auf die israelische Nationalmannschaft von München werden klar verurteilt. Im Zuge der Intensivierung der Beziehungen (1973 werden sie offiziell) kommt es aber auch zur Zusammenarbeit im »nichtzivilen Bereich«, die jedoch gegenüber der humanitären Unterstützung nur einen kleinen Teil ausmacht (Timm 1997, S. 545). Die DDR gehört zudem zu den Ländern, die 1988 den Staat Palästina anerkennen und die PLO kann 1989 sogar eine offizielle Botschaft in Ostberlin eröffnen. Es gibt hervorragende Beziehungen zwischen PLO-Chef Arafat und dem DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker. Die Versuche der DDR in den 80er Jahren, sich Israel und den amerikanischen jüdischen Organisationen anzunähern, führen jedoch nicht zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zur PLO. Noch im Oktober 1989 erhält Yassir Arafat den großen Stern der Völkerfreundschaft, wie knapp ein Jahr zuvor der Präsident des jüdischen Weltkongresses E. Bronfman.

### *Sozialismus, Jüdinnen, Juden – ein Verhängnis?*

Es ist bezeichnend, dass die Diskussion um DDR und Jüdinnen/Juden, Zionismus Antisemitismus und Antizionismus dominiert wird von dem besonders dunklen Kapitel der frühen 50er Jahre. Auch wenn sich der SED-Staat später deutlich anders zeigte und eine spezifische Repression gegen Juden der Vergangenheit angehörte, führt jedoch diese Zeit vor Augen, was also auch im Sozialismus möglich ist bzw. war. Doch wie ist dieser Ausbruch von Antisemitismus zu verstehen? Und worin gründet die besondere kommunistische Israelfeindschaft?

Angelika Timm bezeichnet den Antisemitismus aus der SED als »strategischen Antisemitismus« (Timm 1997, S. 125); Keßler (1995, S. 86) spricht vom »Zweckantisemitismus Stalins«. Sie betonen seine Rolle innerhalb der parteiinternen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf sich die aus Moskau zurückgekehrte Ulbricht-Gruppe gegen innerparteiliche Konkurrenten insbesondere der Westemigration durchsetzte und sich dazu u. a. des Antisemitismus bediente. Für diese Sicht spricht, dass auf dem Höhepunkt der Säuberungen 1953 gleichzeitig auch mehrere Urteile wegen antisemitischer Äußerungen ergingen und dass die meisten Jüdinnen und Juden, die nichts mit der Partei- oder Staatsführung zu tun hatten, wohl auch keinen Repressionen ausgesetzt waren (Timm 1997, S. 125). Ohnehin basierte die herrschaftssichernde sta-



linistische Terrorwelle auf verschiedenartigen Verschwörungstheorien und Repression gegen unterschiedliche Gruppen. In diesem Sinne sieht denn auch Otto (1993) den Antisemitismus vorrangig als SU-Import. Diese Sicht ist sicher nicht ganz falsch, greift aber doch zu kurz.

Eine interessante Interpretation, die ein tieferes Verständnis des linken Antisemitismus und zeitweise weltbildhaften Antizionismus ermöglicht, legte der Soziologe Thomas Haury mit seiner 2002 erschienenen Dissertation vor. Haury zeigt, dass das Weltbild des Marxismus-Leninismus – welches keinesfalls mit *dem* Marxismus oder allen Spielarten des Marxismus gleichzusetzen ist, sondern die herrschende erstarrte Doktrin der staatssozialistischen Länder bezeichnet (vgl. Elbe o. J.) – strukturelle (nicht inhaltliche) Gemeinsamkeiten mit dem antisemitischen Weltbild aufweist.

Der moderne Antisemitismus, so Haury (2002, S. 105 ff.), sei eine Semantik, die sich unabhängig vom konkreten Inhalt durch drei Strukturmerkmale auszeichne: Personifizierung, Manichäismus und Konstruktion identitärer Kollektive (vgl. Holz 2005, S. 12 f., 23 ff.). Juden gelten dem Antisemitismus als Personifizierung der modernen Gesellschaft, insbesondere ihrer ungeliebten und unverstandenen Seiten. Manichäisch trennt der Antisemitismus zudem zwischen »den Juden« einerseits, die für alles Böse verantwortlich zeichnen und dem als gut konstruierten Gegenstück, beispielsweise dem »Volk«. Im Gegensatz zum Rassismus wird das jüdische »Andere« nicht als unterlegenes (letztlich abgespaltenes eigenes) konstruiert, sondern als überlegen, woraus auch die Vernichtungsperspektive rührt. Wenn der Antisemitismus auch an den jahrhundertealten (christlichen) Antijudaismus anknüpft, so gewinnt er doch seit seiner Herausbildung als moderner Antisemitismus im 19. Jahrhundert noch ein entscheidendes Strukturmoment in seiner Funktion bei der Schaffung als homogen imaginierten nationaler Kollektive. Gerade im Fall der deutschen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert ist der von Beginn an virulente Antisemitismus (neben der besonderen »Erb-Feindschaft« zu Frankreich) offensichtlich, worauf Haury mit Nachdruck hinweist. Die Juden stellen quasi das »ideale« Gegenbild für den Nationalismus und Patriotismus dar, da sie nicht nur ein Feindbild im Innern abgeben können, sondern durch die Spezifik der jüdischen Existenz quasi als *Gegenprinzip* zur Nation an sich fungieren.

Wie Haury zeigt, bestehen schon im Leninschen Weltbild diese Strukturelemente, auch wenn dieser sich eindeutig nie antisemitisch äußert, sondern ein klarer Gegner des Antisemitismus ist. Aber er ist, besonders nach 1917, also im Bürgerkrieg, grenzenlos in seinem manichäischen Hass gegen die Feinde des Kommunismus, ja sogar nur Abweichler von seiner Position, die er immer hart bekämpft – und das alles auf Basis seiner orthodoxen Theorie mit universellem Geltungsanspruch. In der DDR-Ideologie der 50er Jahre spitzt sich dies noch einmal zu. Die zwei als in unüberwindlichem Gegensatz zueinander stehend konstruierten Lager sind der »Imperialismus« auf der einen Seite und die »friedlichen Völker« auf der anderen. Auf die deutsche Situation heruntergebrochen standen sich die sozialistische DDR und die »faschistische BRD« gegenüber. In diesem Bild war, besonders in der heißen Phase des Kalten Krieges Anfang der 50er Jahre, keinerlei Platz für Zwischentöne (Strukturtyp 1: Manichäismus).<sup>19</sup>

19 Dies ist zu unterscheiden von der späteren Phase der angestrebten »friedlichen Koexistenz«.

Auch die Personalisierung (Strukturtyp 2) der gesellschaftlichen Verhältnisse fand Anfang der 50er Jahre in der Anti-Kosmopolitismus-Kampagne ihren Höhepunkt, sowohl in der Deutung des NS als Werk einiger Vertreter der Finanzoligarchie als auch der Darstellung des neuen Feindes als »Clique« von »Wallstreet-Kapitalisten«, in der Rede von der »okkulten Herrschaft« der »Dollarkönige« (Zitate aus Haury 2002, S. 351). Zugleich wurde in der Terrorwelle ein innerer Feind konstruiert, vertreten durch die »Agenten«, »Saboteure«, »Parasiten« und »Volksfeinde«.<sup>20</sup> Dazu trat nun ab Ende der vierziger Jahre ein »extremer Nationalismus« (Strukturtyp 3: Konstruktion identitärer Kollektive, vgl. Haury 2004), der zum Teil auf der kommunistischen Ideologie basierte, die ihren Antinationalismus ohnehin lange abgelegt hatte, und zum Teil auf der strategischen Herausforderung der Legitimation der SED-Herrschaft, da mit ihren sozialistischen Programmpunkten alleine nicht die erhoffte Zustimmung zu erzielen war.

»Haurys Arbeit legt nahe, dass die Schaltstelle einer dem Antisemitismus affinen Strukturweiterung des Marxismus-Leninismus dort liegt, wo realpolitisch die »Nation« zum Problem, bzw. der Kommunismus zur Staatsideologie wird.« (Maubach 2003) und damit seinen Universalismus – verstanden als Bewegung für ein gutes Leben für alle Menschen – zugunsten eines nationalen, herrschaftsstabilisierenden Partikularismus aufgibt. Ganz klar widerspricht der Antisemitismus dem Inhalt linker Weltbilder, auch dem der SED, und doch wurde er in dieser Situation manifest, wo sich ein mani-chäisch-verschwörungstheoretischer ML-Abklatsch des Marxismus mit der Notwendigkeit der nationalen Legitimierung und Integration konfrontiert sah. Keineswegs ist dies jedoch als deterministische Beziehung misszuverstehen, daher Maubachs Wortwahl (»Affinität«). Bewusst und unbewusst an den weitverbreiteten Bevölkerungsantisemitismus anzuschließen, war zunächst nur eine Potenz, die sich in der Konfliktsituation manifestierte. Zu der *strukturellen* Anschlussfähigkeit kommt als konkrete *inhaltliche Voraussetzung* noch das Erbe der bisherigen »Kommunistischen Judenpolitik«: die traditionelle Ignoranz gegenüber dem Antisemitismus und der ideologisch begründete Antizionismus. Das Phänomen des sekundären Antisemitismus, des Antisemitismus nach und wegen Auschwitz, hat zusätzlich als Katalysator fungiert, da die Verbrechen der NS-Volksgemeinschaft die Vorstellung einer deutschen Nation nachhaltig desavouiert hatten, weswegen die DDR im Akt der nationalen Neukonstituierung also auch kein Interesse an einer kritischen Aufarbeitung des eigenen Versagens bzw. der eigenen Verbrechen haben konnte. Dies zeigt sich insbesondere in der Haltung gegenüber den jüdischen NS-Opfern und in der Entschädigungsfrage.

Zudem ist noch einmal zu betonen, dass es sich bei diesem stellenweise auftretenden Antisemitismus wohl meist nicht um subjektiv empfundene, bewusste Abneigung gegen Jüdinnen und Juden ging oder den Glauben an eine jüdische Weltverschwörung, sondern eben um die potenziell zu einer so gearteten Aktualisierung drängenden strukturellen Anschlusspunkte, die einen linken Antisemitismus zum Ausbruch bringen können und das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus zu Jüdinnen und Juden so kompliziert machen. Es war der mit fast mesianischem Eifer verfochtene Glaube an die Revolution, ihre alle nationalen, religiösen, aber auch alle Klassenpartikularismen aufhebende

20 Erschreckend ist auch die Nähe zum NS-Vokabular, was bis zum Kampf gegen die »Entartung [sic] der Tanzmusik« ging (Haury 2002, S. 384).

Wirkung, die auf Basis der den Jüdinnen und Juden zugeschriebenen Sonderrolle und der damit verbundenen Vorurteile, den kommunistischen Antizionismus bedingte, der sich zum manifesten Antisemitismus auswachsen konnte.

Ein analytisches Kernproblem ist dabei der linke Universalismus, bzw. das Aufgeben desselben. Die sozialdemokratische Abwendung vom marxistischen Klassenkampf-Universalismus hin zu *nationaler* Politik am Beginn des 20. Jahrhunderts führte zu einer Offenheit gegenüber einem kolonialistisch begründeten Zionismus, der wiederum antiarabische Elemente enthielt. Die kommunistische Abwendung von Klassenkampf-Universalismus während seiner jeweiligen nationalen Implementierung führte zu vorübergehendem manifesten Antisemitismus. Doch auch damit ist das Problem noch nicht ausreichend geklärt. Denn die Darstellung des *blind spot* Antisemitismus der marxistischen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung auch in ihren nicht antisemitischen Phasen zeigt, dass auch die spezifische Füllung des Universalismusbegriffs zentral ist. Der marxistische und klar *internationalistische* Sozialismus war zwar nicht antijüdisch, aber auch eben schon blind. Hier zeigt sich, dass sein um Klassenkampf zentriertes Weltbild nur vorgab, auch die Jüdinnen und Juden sowie ihre partikuläre Verfolgung mit zu erfassen (deutlich im Glauben, dass der Antisemitismus ein verschwindendes Relikt darstelle und der Zionismus, der schließlich auch vielen Jüdinnen und Juden das Leben rettete, wenn auch auf Kosten der arabischen Bevölkerung Palästinas, nur eine bourgeoise Ablenkung vom Sozialismus bedeute). Auschwitz, aber auch der Stalinismus haben gezeigt, wie sehr diese Annahme fehl schlug. Da dieses Erbe der sozialistisch-kommunistischen Geschichte auch heute noch seine deutlichen Spuren in Teilen der Linken hinterlassen hat, ist weiter zu fragen, welches Universalismus eine linke Politik bedarf, die ein glückliches Leben für alle Menschen, den Kampf gegen Unterdrückung aller Gruppen zum Inhalt haben will.<sup>21</sup> Ein Klassenkampfuniversalismus (Simplizismus?) ohne zumindest eine Anreicherung um einen Menschenrechtsuniversalismus hat die notwendigen Voraussetzungen offensichtlich nicht, vielmehr hat er sein Versagen auch bei jüdischem partikularem Leid unter Beweis gestellt.

Noch eine Bemerkung zum Abschluss. Ein großer Teil der das Verhältnis von Sozialismus/Kommunismus und Judentum kritisierenden Literatur wirft dem Kommunismus seinen Assimilationismus vor.<sup>22</sup> Die Kritik trifft aber nur, weil tatsächlich Assimilation als Forderung vorrangig an Jüdinnen und Juden getragen wurde und eben nur *dem Anspruch nach* universales Bestreben nach Auflösung nationaler und religiöser Partikularismen war, die in der Praxis so oft nicht eingelöst wurden. Genau in dieser Ungleichbehandlung liegt das Problem, nicht in der universalistischen, antinational-internationalistischen Idee, die Kapferer (2004, S. 302 ff.) »Erlösungs- oder Auflösungsantisemitismus« nennt, weil sie die Juden nicht um jeden Preis als ›Volk‹ anerkennen und erhalten will.

#### Literatur

- Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.) 1995: Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York: Campus.  
 Elbe, Ingo o. J.: Zwischen Marx, Marxismus und Marxismen. Lesarten der Marxschen Theorie, [www.oekonomiekritik.de/ElbeLesarten.htm](http://www.oekonomiekritik.de/ElbeLesarten.htm) [12. 12. 2005]

21 Nicht zufällig ist hier sicher die Parallele zum Versagen der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung beim Thema Frauenrechte.

22 Dies betrifft an erster Stelle Edmund Silberner (1962, 1983), aber auch beispielsweise Louis Rapoport (1992).

- Groehler, Olaf 1993: Die Diskussion um die Judenverfolgung in SBZ und DDR (1947-1953), in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf., S.79-85.
- Hartewig, Karin 2000: Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln, Weimar, Berlin: Böhlau.
- Haur, Thomas 2002: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburger Edition.
- Herzog, Andreas 1999: War die DDR antisemitisch? Kritische Anmerkungen zu den Studien einiger Historiker, in: Schuppener, Georg (Hrsg.): Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien. (Hochschule Ost. Leipziger Beiträge zu Hochschule und Wissenschaft 1-2/1999), S. 62-74. [<http://ludens.elte.hu/~aherzog/archiv/text06.htm>].
- Holz, Klaus 2005: Die Gegenwart des Antisemitismus, Hamburg: Hamburger Edition.
- Kapferer, Norbert: Das Feindbild ›Zionismus‹ in der marxistisch-leninistischen Ideologie. Eine kommunistische Variante des Antisemitismus, in: Satjukow, Silke; Gries, Rainer (Hrsg.): Un-sere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus, Leipzig, S. 299-319.
- Keßler, Mario 1993 a: Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Zur Problematik des Themas, in: Ders. (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf., S. 9-17.
- Keßler, Mario 1994a: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Mainz: Decaton.
- Keßler, Mario 1995: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967 (Zeithistorische Studien, Bd. 6), Berlin: Akademie Verlag.
- Kießling, Wolfgang 1993: Paul Merker und der ›Sozialismus der dummen Kerls‹, in: Mario Keßler (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf., S.87-94.
- Kistenmacher, Olaf 2005: »Antizionismus« in der KPD der 1920er Jahre, Context XXI, Heft 3-4, S. 32-34.
- Kistenmacher, Olaf o. J.: Vom »Judenkapital« zur »jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem«. Zur Entwicklung des »Antizionismus« in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik, 1925-1933, Vortrags-Manuskript, [www.isf-freiburg.org/isf/beitraege/pdf/kistenmacher-antisemitismus.kpd.pdf](http://www.isf-freiburg.org/isf/beitraege/pdf/kistenmacher-antisemitismus.kpd.pdf) [19. 7. 2006].
- Lepsius, M. Rainer 1988: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«, in: Haller, Max; Hoffmann-Nowotny, Hans-Jürgen; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft (24. deutscher Soziologentag), Frankfurt: 247-264.Campus, S. 247-264.
- Maser, Peter 1995: Juden und jüdische Gemeinden in der Innenpolitik der DDR, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe, a. a. O., S. 339-368.
- Maubach, Franka: Rezension von: Haur, Thomas: Antisemitismus von Links, H-Soz-U-Kult, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezbuecher&id=2144> [19. 7. 2006].
- Meining, Stefan 2002: Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel. Mit einem Vorwort von Michael Wolffsohn, Hamburg: LIT.
- Mertens, Lothar 1995: Die SED und die NS-Vergangenheit, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe, a. a. O., S. 194-211.
- Mertens, Lothar 1997: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990, Hildesheim, Zürich, New York: Olms.
- Offenberg, Ulrike 1998: »Seid vorsichtig gegen die Machthaber«. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945-1990, Berlin 1998.
- Otto, Wilfriede 1993: Antizionismus – übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, in: Mario Keßler (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus, a. a. O., S.95-119 (mit Dokumentenanhang zum Fall Schrecker).
- Polkehn, Klaus (1999): Die DDR und Palästina, (Aus Politik und Zeitgeschichte) B 38/99, S. 32-39.
- Rapoport, Louis 1992: Hammer, Sichel, Davidstern: Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin: Christoph Links Verlag.
- Schatzker, Chaim 1994: Juden, Judentum und der Staat Israel in den Geschichtsbüchern der DDR, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schwanitz, Wolfgang 1993: »Israel ja, Zionismus nein«: Zum Israel-Bild in SED-Akten über Arabien (1948-1968), in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus, a. a. O., S.129-164. (mit Dokumentenanhang).
- Silberner, Edmund 1962: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin: Colloquium Verlag.
- Silberner, Edmund 1983: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Staritz, Dietrich 1995: Von der »Schande der Judenpogrome« zur »zionistischen Diversionarbeit«. Judenverfolgung und Antisemitismus in der Wahrnehmung der KPD, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe, a. a. O., S. 212-235.
- Timm, Angelika 1993: Die DDR, die Schoah und der offizielle Antizionismus, in: Mario Keßler, (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus, a. a. O., S. 65-77.
- Timm, Angelika 1997: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn.
- Timm, Angelika 1997a: Wie antisemitisch war die DDR? Über das Verhältnis der SED zum Zionismus und zum Staat Israel diskutieren Angelika Timm und Jürgen Elsässer. (Jungle World) 39.
- Wolffsohn, Michael 1995: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost- und West. Tatsachen und Legenden, München: Edition Ferenczy bei Bruckmann.